

Menschen in Deutschland: International (MiDInt) - Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022)

Brettfeld, Katrin; Farren, Diego; Kleinschnittger, Janosch; Richter, Thomas; Wetzels, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brettfeld, K., Farren, D., Kleinschnittger, J., Richter, T., & Wetzels, P. (2023). *Menschen in Deutschland: International (MiDInt) - Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022)*. (MOTRA-Forschungsbericht, 7). Wiesbaden: MOTRA-Verbund Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11565>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG



Forschungsbericht No. 7

Menschen in Deutschland: International (MiDInt)

Untersuchungsdesign, Stichprobe,
Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 1
(Nov. 2022)

Katrin Brettfeld, Diego Farren, Janosch Kleinschnittger,
Thomas Richter & Peter Wetzels



Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg



Universität Hamburg

DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

G I G A

German Institute for Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien

**FAKULTÄT
FÜR RECHTSWISSENSCHAFT**

„Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) ist ein Kooperationsprojekt des German Institute for Global and Area Studies (GIGA) in Hamburg und des Instituts für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH). MiDInt wird innerhalb des bundesweiten Forschungsverbundes MOTRA durchgeführt, der durch Zuwendungen des BMBF und des BMI gefördert wird.

MiDInt

Menschen in Deutschland: International



Hamburg, Februar 2023

© 2023 by the authors. All rights reserved

Universität Hamburg
Fakultät für Rechtswissenschaft
Institut für Kriminologie
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg

German Institute for Global and Area Studies
Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien
Institut für Nahost-Studien
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg



Photo by UHH/RRZ/Mentz



Photo by GIGA

Inhaltsverzeichnis

1	DIE STUDIE „MENSCHEN IN DEUTSCHLAND: INTERNATIONAL“ (MIDINT) IM KONTEXT DES MOTRA FORSCHUNGSVERBUNDES	1
2	DIE ERHEBUNG MIDINT - (WELLE 1, NOV. 2022) IM KURZÜBERBLICK.....	3
3	ERHEBUNGSDESIGN UND STICHPROBE	4
3.1	DURCHFÜHRUNG DER FELDPHASE UND QUALITÄTSKONTROLLEN.....	4
3.2	MERKMALE DER ERREICHTEN ANALYSESTICHPROBE	5
4	DAS ERHEBUNGSINSTRUMENT.....	9
4.1	EREIGNISBEZOGENE KONSTRUKTE UND MESSINSTRUMENTE: WAHRNEHMUNG UND BEWERTUNG INTERNATIONAL RELEVANTER GESCHEHNISSE	10
4.2	DIE ERHEBUNG VON AUTOKRATIEAKZEPTANZ UND NATIONALISMUS SOWIE INTOLERANZ GEGENÜBER FREMDGRUPPEN UND MINDERHEITEN ALS ZENTRALE ABHÄNGIGE VARIABLEN	12
4.3	ERHEBUNG VON EINFLUSSFAKTOREN AUF INDIVIDUELLER UND SOZIALER EBENE.....	14
4.4	SURVEY-EXPERIMENT ZU EINSTELLUNGEN GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN UND DEM EINFLUSS ÖFFENTLICHER VERLAUTBARUNGEN DURCH POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT	15
5	KONSTRUKTE UND ZU DEREN MESSUNG VERWENDETE ITEMS IM ÜBERBLICK.....	17
	LITERATUR	21
	ANHANG: FRAGEBOGEN	I
	ANHANG: CODEBUCH.....	XV

Menschen in Deutschland: International (MiDInt) Untersuchungsdesign, Stichprobe, Erhebungsinstrument und Codebuch zu Welle 1 (Nov. 2022)

*Katrin Brettfeld, Diego Farren, Janosch Kleinschnittger,
Thomas Richter & Peter Wetzels*

1 Die Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) im Kontext des MOTRA Forschungsverbundes

Der Forschungsverbund MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung) ist ursprünglich als Spitzenforschungscluster zur Früherkennung, Prävention und Bekämpfung von islamistischem Extremismus und Terrorismus entstanden. Neben dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) sind weitere acht Projektpartner aus fünf verschiedenen Orten in Deutschland an diesem Spitzenforschungscluster beteiligt (nähere Informationen dazu finden sich auf der Homepage des Forschungsverbundes MOTRA unter www.motra.info sowie unter www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/motra.html).

Die in diesen Verbund integrierten Forschungsprojekte der einzelnen Verbundpartner widmen sich in einem interdisziplinären Zugang unter Einsatz verschiedener Methoden der phänomenübergreifenden Erfassung und Erforschung von Radikalisierung und politischen Extremismen in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen in Deutschland.

Ein erstes Ziel des Verbundes MOTRA ist es, ein systematisches und ganzheitliches Monitoring des Radikalisierungsgeschehens in Deutschland zu leisten. Ein zweites Ziel besteht darin, eine zentrale Plattform zu etablieren, die als Anlaufstelle für Wissenschaft, Behörden, Zivilgesellschaft und Politik dient, über die der Austausch des Wissens zur Früherkennung und Prävention von Extremismen erweitert und vertieft werden kann.

Als Teil des MOTRA-Forschungsverbundes führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg in drei aufeinander abgestimmten Forschungsvorhaben regelmäßig wiederholte, deutschlandweite Einstellungsbefragungen mit je unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Zielgruppen durch. Es handelt sich um die Studien „*Menschen in Deutschland*“ (MiD), „*Junge Menschen in Deutschland*“ (JuMiD) und „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt).

Ziel dieser drei Forschungsvorhaben ist es, ideologie- und phänomenübergreifende Erkenntnisse zur Verbreitung politisch-extremistischer und extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland zu gewinnen und etwaige Veränderungen über die Zeit zu dokumentieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf Haltungen, die demokratische Grundprinzipien und Freiheitsrechte ablehnen sowie auf Einstellungen, die Intoleranz oder Hass gegenüber Fremden und Andersdenkenden akzeptieren oder propagieren. Darüber hinaus werden auch Einstellungen zu Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und Interessendurchsetzung thematisiert.

Neben der Erfassung und Dokumentation extremistischer Einstellungen und Geschehnisse werden auch soziale Umstände, persönliche Dispositionen sowie Kontextbedingungen einbezogen, die zur Entwicklung politischer, extremismusaffiner und intoleranter Einstellungen beitragen können. Dies ermöglicht es, Erkenntnisse dazu zu

gewinnen, in welchen Teilgruppen und Regionen sowie aufgrund welcher Einflüsse Radikalisierungsprozesse mit erhöhter Wahrscheinlichkeit stattfinden. Das so gewonnene Wissen kann dazu beitragen, Risiko- und Schutzfaktoren zu identifizieren und auf dieser Grundlage Präventionsmaßnahmen gezielter auszurichten und wirksamer zu gestalten.

Bei der ersten Studie „*Menschen in Deutschland*“ (MiD) (vgl. Brettfeld et al. 2021; Endtricht et al. 2022; Fischer et al. 2023) handelt es sich um eine jährlich wiederholt durchgeführte, repräsentative Bevölkerungsbefragung. Verwendet wird ein Mixed-Method-Design aus postalisch-schriftlicher und onlinebasierter, standardisierter Befragung. Die Stichproben umfassen jährlich etwa 4 000 Personen, die repräsentativ für die Wohnbevölkerung ab einem Alter von 18 Jahren sind. Sie basieren auf Zufallsziehungen aus den Adressbeständen der Einwohnermeldeämter.

Die zweite Studie „*Junge Menschen in Deutschland*“ (JuMiD) richtet ein spezielles Augenmerk auf die Lebenslagen und Interessen junger Menschen im Alter zwischen 16 und 21 Jahren (vgl. Farren et al. 2022). Die Befragung dieser jüngeren Stichprobe erfolgt ausschließlich online und findet alle zwei Jahre statt. Die dabei untersuchten Stichproben umfassen etwa 3 000 junge Menschen, die repräsentativ für die Wohnbevölkerung dieser Altersgruppe in Deutschland sind. Sie werden gleichfalls im Wege von Zufallsziehungen über die Adressbestände der Einwohnermeldeämter gewonnen.

Die dritte Studie, „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDInt), die seit Herbst 2022 durch das GIGA und das Institut für Kriminologie an der Universität Hamburg (UHH) als gemeinschaftliches Kooperationsprojekt durchgeführt wird, betrachtet ebenfalls die deutsche Wohnbevölkerung ab einem Alter von 18 Jahren. Sie nimmt allerdings mit Blick auf Methodik und Inhalt der Befragung in mehrfacher Hinsicht eine von MiD und JuMiD etwas abweichende Sonderstellung ein.

Zum Ersten legt MiDInt einen besonderen Schwerpunkt auf internationale Ereignisse, politische Entscheidungen und Krisen sowie deren Auswirkungen auf Einstellungen und Radikalisierungsprozesse in Deutschland (vgl. dazu u.a. Brettfeld et al. 2023, Richter et al. 2022, 2023).

Zum Zweiten wird MiDInt in deutlich kürzeren Abständen wiederholt als die Studien MiD und JuMiD. Vorgesehen ist ein 2-monatiger Rhythmus, in dem die Befragung mit teilweise identischen, zum Teil auch - abhängig von neueren Entwicklungen und Vorfällen - mit aktualisierten bzw. neuen Fragen wiederholt wird. Diese kurzen Intervalle gestatten es, neu auftauchende Fragen, Probleme und Ereignisse zeitnah zu thematisieren und ggfs. auch in Anschlussbefragungen weiter zu verfolgen. Auf diese Weise wird es möglich, Entwicklungstrends engmaschiger zu analysieren und hierfür relevante Einflüsse genauer zu identifizieren.

Zum Dritten wird MiDInt genutzt, um in aufeinander aufbauenden Survey-Experimenten mit randomisierten Kontrollgruppendesigns kausale Wirkungen von Faktoren prüfen zu können, die sich in den Erhebungen als für bestimmte Aspekte von Radikalisierung oder politischem Extremismus potentiell relevant gezeigt haben.

Zum Vierten werden in den Befragungen von MiDInt auch neu entwickelte Erhebungsinstrumente zur Erfassung von Formen der Intoleranz gegenüber Fremdgruppen oder der Ablehnung zentraler Elemente von Demokratie, Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit

getestet. Insofern dient MiDInt auch der Weiterentwicklung von Messinstrumenten für die Survey-Forschung im Bereich des politischen Extremismus.

Zum Fünften werden die Befragungen in MiDInt, um die obigen Zielsetzungen kurzfristig umsetzen zu können, nicht auf der Grundlage von Zufallsstichproben aus Daten der Einwohnermeldeämter durchgeführt, wie das bei MiD und JuMiD der Fall ist. Um die Stichprobenziehung und Befragungsdurchführung zu beschleunigen, wird in MiDInt ein großes Online-Access Panel genutzt. Daraus werden nach soziodemographischen Merkmalen quotierte Stichproben gezogen, die annähernd vergleichbar repräsentativ für die Grundgesamtheit der in den Blick genommenen Bevölkerung sind, wie auch die Studien MiD und JuMiD.

Aufgrund dessen, dass in MiDInt zum Teil die gleichen Fragen genutzt werden wie in MiD und JuMiD, können, bei zeitgleichen Erhebungen dieser drei Studien, unter anderem auch Vergleiche bezogen auf zentrale abhängige Variablen durchgeführt werden, die erkennen lassen, inwieweit ggfs. in MiDInt für diese Größen relevante Verzerrungen der erreichten Stichprobe vorliegen, die bei der Interpretation der Befunde systematisch zu berücksichtigen wären.

Mit Blick auf die in MiDInt vorgesehenen Survey-Experimente sind Verzerrungen dieser Art allerdings nicht relevant, da hier über die randomisierte Zuordnung von Personen zu Experimental- und Kontrollgruppen eine systematische Kontrolle möglicher Drittvariablen erfolgt.

Der vorliegende Forschungsbericht beschreibt für die erste Welle von MiDInt, die im November 2022 stattfand, das Erhebungsdesign, die erreichte Stichprobe sowie die erhobenen Konstrukte und die dazu verwendeten Messinstrumente. Im Anhang findet sich das Erhebungsinstrument im Wortlaut sowie das Codebuch zum Datensatz, dem die Bezeichnungen der Variablen, deren Inhalt und Codierung entnommen werden können.

2 Die Erhebung MiDInt - (Welle 1, Nov. 2022) im Kurzüberblick

Art der Untersuchung	Bundesweite Online-Befragung einer nach soziodemographischen Merkmalen geschichteten, approximativ repräsentativen Stichprobe
Marktforschungsinstitut	Bilendi S.A.
Erhebungszeitraum	11. bis 21. November 2022
Grundgesamtheit	Deutsche Wohnbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren
Zielgröße	N=2 500 Befragte ab 18 Jahre
Auswahlverfahren	Quotenstichprobe von Personen ab 18 Jahren aus einem Online-Access-Panel. Die Stichproben wird entsprechend den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Wohngebiet (West/Ost) geschichtet.
Erhebungsmethode	Standardisierte Online-Befragung
Erhebungssprache	Deutsch
Befragungsdauer	Mittelwert: 15 Minuten 30 Sekunden; Median: 13 Minuten 14 Sekunden
Realisierte Stichprobe	N=2 429 verwertbare Fälle

3 Erhebungsdesign und Stichprobe

Bei der Studie MiDInt handelt es sich um eine standardisierte Online-Befragung einer Stichprobe der Bevölkerung in Deutschland zwischen 18 und 69 Jahren. Die Stichprobenziehung erfolgt in Form einer geschichteten Zufallsziehung aus einem großen deutschen Online-Access-Panel. Das Stichprobendesign unterscheidet sich insofern grundlegend von den beiden anderen repräsentativen Einstellungsbefragungen (MiD) (vgl. Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023) und (JuMiD) (vgl. Farren et al. 2022), deren Stichproben unter Verwendung der Daten der Einwohnermeldeämter zufällig gezogen werden.

Die Grundgesamtheit von MiDInt besteht aus den Mitgliedern des Online-Access-Panels des Marktforschungsinstitutes Bilendi S.A., das zum Zeitpunkt der Durchführung der ersten Welle von MiDInt rund 300 000 in Deutschland lebende Personen ab 16 Jahren umfasst. Dieses Online-Access-Panel weicht zwar als Ganzes im Hinblick auf verschiedene soziodemographische Parameter von der Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland ab. So sind mit einem Anteil von 60.3% Frauen in diesem Panel überrepräsentiert. Auch jüngere Altersgruppen sind häufiger vertreten, als in der deutschen Gesamtbevölkerung (Personen unter 50 Jahren: 68.2%, Personen über 50 Jahren: 31.8%).

Durch die von uns praktizierte Quotierung - die auf Basis der Verteilung von Alter, Geschlecht, Bildung und Region (Ost/West) in der Grundgesamtheit der gesamten Wohnbevölkerung in Deutschland zwischen 18 und 69 Jahren erfolgt - können diese Verzerrungen jedoch kompensiert werden. Aufgrund der Größe des Online-Access-Panels kann über die Quotierungen erreicht werden, dass daraus gezogene Stichproben im Hinblick auf zentrale soziodemographische Merkmale weitgehend den Verhältnissen entsprechen, wie sie auch in der Grundgesamtheit der altersgleichen Bevölkerung (18-69 Jahre) anzutreffen sind. Insoweit können diese Stichproben auch als annähernd repräsentativ bezeichnet werden.

3.1 Durchführung der Feldphase und Qualitätskontrollen

Für die Realisierung der Erhebung wurde eine Netto-Stichprobengröße von $N=2\,500$ Personen veranschlagt. Um mögliche nicht verwertbare Fälle ausfiltern zu können, wurde vor dem Hintergrund von Erfahrungswerten aus früheren derartigen Studien (vgl. z.B. Fischer & Farren 2023), ein Netto-Stichprobenansatz von $N=2\,750$ festgelegt.

Für die Stichprobenziehung wurde a priori eine Schichtung der Zielpersonen im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Ost-West-Verteilung anhand von Referenzwerten des Statistischen Bundesamts für die Bevölkerung im Alter von 18 bis 69 Jahren bestimmt. Von den 300 000 Panel Mitgliedern wurden im Zuge der Feldphase insgesamt $N=41\,421$ potentielle Zielpersonen - unter Beachtung der vorgegebenen Quotierungen - per Zufall ausgewählt. Diese wurden per E-Mail angeschrieben und um Teilnahme gebeten.

Das Erhebungsinstrument war durch das Team der UHH über die Plattform LimeSurvey programmiert und für die Online-Befragung mit Bilendi verknüpft worden, sodass nur die eingeladenen Zielpersonen den Fragebogen direkt erreichen konnten. Die Kontrolle darüber, dass es sich bei den Teilnehmenden nur um Personen aus der gezogenen Teilgruppe des Online-Access-Panels handelt, wurde durch Bilendi sichergestellt. Mit Beginn der Feldphase konnten diese angeschriebenen Zielpersonen sich über den ihnen mitgeteilten Link online an der Befragung beteiligen. Die Befragung erfolgte ausschließlich

in deutscher Sprache. Die initialen Fragen im Erhebungsinstrument betrafen die für die Quotierung relevanten Variablen Geschlecht, Alter, Bildung und Wohnregion.

Die Rückläufe der ausgefüllten Fragebögen wurden mit Blick auf die Quotierungsvorgaben fortlaufend kontrolliert. Sobald die für die Quotierungsvariablen mit ihren jeweiligen Ausprägungen a priori bestimmten Zielzahlen erreicht waren, wurden keine weiteren Personen mit dem betreffenden Merkmal mehr in die Befragung aufgenommen. Bei Personen, die sich danach noch zu beteiligen versuchten, erfolgte der Hinweis, dass die Befragung bereits abgeschlossen ist.

Die Feldphase begann am 11. November 2022. Nachdem alle Zielzahlen in den verschiedenen Quotierungsvariablen erreicht waren und insgesamt n=2 750 Personen an der Befragung teilgenommen hatten, wurde die Erhebung am 21.11.2022 beendet. Im Anschluss daran wurde der Bruttodatensatz für weitere Qualitätskontrollen an das Team der UHH und des GIGA übersandt.

Im Rahmen des Datencleanings wurden zunächst jene Fälle ausgesondert, in denen der Anteil nicht beantworteter Fragen bei über 50% lag. In einem zweiten Schritt wurden weiter jene Fälle, in denen die Dauer der Bearbeitungszeit eindeutig darauf hinwies, dass die Fragen nicht richtig gelesen worden sein konnten, aus der Stichprobe entfernt. Es handelte sich hier um sogenannte „Superspeeder“. Dazu wurde auf die im Zuge der Befragung aufgezeichneten Informationen zur Gesamtdauer der Befragung als auch zur Dauer der Beantwortung einzelner Frageblöcke zurückgegriffen. Neben Personen, die sich nur schnell durch den Fragebogen geklickt hatten, ohne hinreichend Zeit zum Lesen aufzuwenden, wurden auch solche ausgesondert, die bei Fragematrizen ausschließlich gerade heruntergekreuzt hatten („Straightliner“). Die Qualitätskontrollen seitens der Teams der UHH und des GIGA führten zu einer Reduzierung des Bruttodatensatzes um insgesamt n=321 Fälle. Danach umfasst der finale Nettodatensatz der Analysestichprobe insgesamt N = 2 429 verwertbare Fälle.

3.2 Merkmale der erreichten Analysestichprobe

Ein Vergleich der Analysestichprobe mit den Merkmalen der in Deutschland lebenden Bevölkerung zeigt, dass die regionale Verteilung zwischen West- und Ostdeutschland sowie über die Bundesländer den Verhältnissen in der bundesdeutschen Wohnbevölkerung sehr nahekommt, die Abweichungen sind hier insgesamt recht klein.

Für die Ost-West-Verteilung ergeben sich Unterschiede von nur 0.7 Prozentpunkten. 79.9% der Befragten stammen aus westdeutschen und 20.1% aus ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin).

Tabelle 1: Verteilung der Stichprobe nach Region (Wohnort Ost/West) sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Ost-West-Verteilung			
Westdeutschland	1 941	79.9	80.6
Ostdeutschland (einschl. Berlin)	488	20.1	19.4

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2021

Im Hinblick auf die einzelnen Bundesländer - diese Variable wurde nicht in die Quotierung einbezogen - finden sich nur kleinere Differenzen im Vergleich der Netto-Stichprobe und der Verteilung der deutschen Wohnbevölkerung.

Die bevölkerungsstarken westlichen Bundesländer Nord-Rhein-Westfalen und Baden-Württemberg sind um 1.9 bzw. 1.5 Prozentpunkte geringfügig unterrepräsentiert. Dagegen sind einige andere Bundesländer in unserer Stichprobe etwas überrepräsentiert. Dazu gehören Schleswig-Holstein (1.1 Prozentpunkte), Berlin (1.2 Prozentpunkte) und Hamburg (ebenfalls 1.2 Prozentpunkte). Die Abweichungen bei den übrigen Bundesländern liegen zwischen 0 und 0.6 Prozentpunkten.

Tabelle 2: Verteilung der Stichprobe nach Bundesland sowie Referenzwerte für Deutschland

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Bundesland			
Schleswig-Holstein	112	4.6	3.5
Hamburg	72	3.0	2.2
Niedersachsen	231	9.5	9.6
Bremen	26	1.1	0.8
Nordrhein-Westfalen	476	19.6	21.5
Hessen	177	7.3	7.6
Rheinland-Pfalz	128	5.3	4.9
Baden-Württemberg	289	11.9	13.4
Bayern	399	16.4	15.8
Saarland	31	1.3	1.2
Berlin	136	5.6	4.4
Brandenburg	65	2.7	3.0
Mecklenburg-Vorpommern	46	1.9	1.9
Sachsen	124	5.1	4.9
Sachsen-Anhalt	65	2.7	2.6
Thüringen	52	2.1	2.5

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2021

Damit sind die Abweichungen hinsichtlich der regionalen Verortung der Personen zwischen der in MiDInt erreichten Netto-Stichprobe und der deutschen Wohnbevölkerung - obwohl für die Bundesländer selbst keine Quotierung durchgeführt wurde - in einem gut tolerablen Bereich. Allerdings sollten mit diesen Daten gleichwohl keine differenzierteren Auswertungen spezifisch für einzelne Bundesländer vorgenommen werden. Dies wäre - vor allem bei kleineren Bundesländern - aufgrund der dann zu geringen Fallzahlen recht fehleranfällig.

Auch die Verteilung der Befragten hinsichtlich der Größe ihres Wohnortes (vgl. Tabelle 3) trifft die entsprechenden Referenzdaten recht gut. Befragte, die in einem Ort mit weniger als 100 000 Einwohnern leben, machen 64.6% der Stichprobe aus. Diese Rate weicht nur um 3.3 Prozentpunkte von den Daten des Statistischen Bundesamtes ab. Im Gegenzug sind Befragte aus Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern um 2.7 Prozentpunkte unterrepräsentiert. Insoweit ist aber auch festzustellen, dass die in Befragungen ansonsten

häufig anzutreffende deutliche Überrepräsentation der Bewohner von Großstädten in dieser Stichprobe nicht auftritt.

Tabelle 3: *Verteilung der Stichprobe nach Größe des Wohnortes sowie Referenzwerte für Deutschland*

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Ortsgröße			
< 100 000 EW	1 566	64.6	67.9
100 001 bis 499 999 EW	383	15.8	15.2
> 500 000 EW	475	19.6	16.9

Anmerkung: Quelle der Referenzwerte: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Verteilung der Haushaltsmitglieder nach Gemeindegrößenklasse, Stand: 2019

Hinsichtlich Alter und Geschlecht wurden sowohl für die Quotierung als auch für den nachfolgenden Vergleich als Referenzwerte des Statistischen Bundesamtes die Daten von Personen im Alter zwischen 18 und 69 Jahren herangezogen, was dem Altersrange der Mitglieder des Online-Access-Panels entspricht.

Betrachtet man die Verteilung der Befragten in der Stichprobe nach Geschlecht ist festzustellen, dass der Anteil weiblicher (50.5%) und männlicher Befragter (49.5%) um nur 0.1 Prozentpunkte von den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung abweicht.¹

Tabelle 4: *Verteilung der Stichprobe nach Alter, Geschlecht und Bildung sowie Referenzwerte für Deutschland*

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Geschlecht			
Weiblich	1 222	50.5	50.4
Männlich	1 198	49.5	49.6
Alter			
18 bis 29 Jahre	460	18.9	19.7
30 bis 39 Jahre	434	17.9	19.5
40 bis 49 Jahre	426	17.5	17.9
50 bis 59 Jahre	586	24.1	23.4
60 bis 69 Jahre	520	21.4	19.6
Bildungsstand			
Haupt-/Volksschule bzw. kein Abschluss	845	34.8	33.9
Mittlere Reife	726	29.9	31.2
Fachhochschul o.-Hochschulreife	858	35.3	34.8

Anmerkung: Die Referenzwerte für das Geschlecht und die Altersgruppen beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 69 Jahren. Quelle: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2021
Die Referenzwerte für den Bildungsstand berücksichtigen nicht diejenigen, die noch in schulischer Ausbildung sind oder die keine Angaben gemacht haben. Quelle: Statistisches Bundesamt (2020a)

¹ Zu beachten ist hier, dass die amtlichen Referenzdaten noch keine Angaben zum Anteil von Personen mit diversem Geschlecht enthalten. Insofern wurden zur Bestimmung der Passung der Befragungsdaten mit den Referenzdaten auch nur jene Befragte berücksichtigt, die als Geschlecht männlich oder weiblich angaben. Nicht berücksichtigt wurden damit n=9 Personen, die als Geschlecht divers angaben.

Die Altersverteilung der Stichprobe entspricht gleichfalls recht gut den Verhältnissen, wie sie in der Gesamtbevölkerung bei den 18- bis 69-Jährigen anzutreffen ist. Ältere Menschen sind nur ganz leicht überrepräsentiert. In den Altersgruppen 50 bis 59 Jahre sowie 60 bis 69 Jahre finden sich in der Stichprobe mit 0.7 bzw. 1.8 Prozentpunkten nur geringe Abweichungen von den Verteilungen in der Gesamtbevölkerung. Komplementär dazu sind die Anteile jüngerer Menschen unter den Befragten etwas geringer (0.8 Prozentpunkte Differenz in der Altersgruppe 18 bis 29 Jahre und 1.6 Prozentpunkte in der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre). In der Gruppe der 40- bis 49-Jährigen weicht die Stichprobe nur um 0.4 Prozentpunkte vom Referenzwert ab.

Auch die Verteilung des Bildungsniveaus in der Stichprobe zeigt nur geringfügige Abweichungen von den Referenzwerten. Befragte mit niedrigem und mittlerem Bildungsstand sind mit 0.9 und 1.3 Prozentpunkten Differenz zur Referenzgruppe nur gering unterrepräsentiert. Befragte mit hohem Bildungsstand sind hingegen mit einer Differenz von 0.5 Prozentpunkten in der Stichprobe nur sehr leicht überrepräsentiert.

Insgesamt ist es damit gelungen, durch die Quotierung sicherzustellen, dass die über das Online-Access-Panel erreichte Stichprobe mit Blick auf zentrale soziodemographische Merkmale den Verhältnissen in der Grundgesamtheit gut entspricht.

Es ist allerdings zu beachten, dass speziell Personen mit Migrationshintergrund in solchen Stichproben regelmäßig unterrepräsentiert sind, was auch durch Quotierungen nicht auszugleichen ist. So finden sich in der Analytestichprobe 94% Befragte, die eine deutsche Staatsbürgerschaft aufweisen. Diese Rate ist damit um 10 Prozentpunkte im Vergleich zur deutschen Wohnbevölkerung überhöht. Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund ist mit 6% deutlich geringer, als das für die Gesamtbevölkerung gilt.

Zu beachten ist ferner, dass die Befragung auch aus Kostengründen ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt wurde. Insoweit war zu erwarten, dass Personen mit Migrationshintergrund damit weniger gut erreicht werden können.

Tabelle 5: *Verteilung der Stichprobe nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Religion sowie Referenzwerte für Deutschland*

	Stichprobe		Referenz
	gültige N	%	%
Migrationshintergrund			
Mit MHG	117	6.0	24.2
Ohne MHG	2 312	95.2	75.8
Staatsangehörigkeit			
Deutsch	2 276	94.0	84.8
Deutsch und andere	92	3.8	2.5
Nichtdeutsch	52	2.2	12.7
Religion			
Christen	1 266	52.2	52.0
Muslime	61	2.5	6.4-6.7

Anmerkung: Quelle der Angaben zum Migrationshintergrund: Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Staatsangehörigkeit: Statistisches Bundesamt, Genesis Online, Bevölkerungsfortschreibung, Stand: 31.12.2020 und Statistisches Bundesamt (2020b);
 Quelle der Angaben zur Religion: DBK, EKD und Pfündel et al. 2021

Damit korrespondierend ist der Anteil an Personen mit muslimischer Religionszugehörigkeit mit 2.5% erheblich niedriger als in der Gesamtbevölkerung, wo dieser auf etwa

6.4-6.7% geschätzt wird. Die Rate der Personen mit christlicher Religionszugehörigkeit entspricht hingegen relativ gut den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung.

Als Menschen mit Migrationshintergrund wurden Personen definiert, die nach eigenen Angaben (entweder selbst oder mindestens ein Elternteil) nach Deutschland zugewandert sind oder die nicht nur die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die Angabe zur Religionszugehörigkeit wurde ebenfalls den Selbstangaben der Befragten entnommen

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Stichprobe in zentralen soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildung und der regionalen Verortung den Verhältnissen entspricht, wie sie sich in der erwachsenen Wohnbevölkerung in Deutschland finden lässt.

Eine wichtige Einschränkung, die bei der Interpretation der Befunde wie auch der Handhabung der Daten zu beachten ist, besteht darin, dass Befragte mit Migrationshintergrund in dieser Stichprobe unterrepräsentiert sind. Mit Blick auf die deutschsprachige Wohnbevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit im Alter zwischen 18 und 69 Jahren stellt diese Stichprobe jedoch eine recht gute Abbildung der Grundgesamtheit dar. Sie kann insoweit als annähernd repräsentativ gewertet werden.

4 Das Erhebungsinstrument

Das Erhebungsinstrument für die erste Welle der Studie „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) wurde - anknüpfend an die für die Studien MiD (vgl. Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023) und JuMiD (vgl. Farren et al. 2022) bereits vorliegenden Erhebungsinstrumente - entwickelt.

Zusätzlich wurden in den Fragebogen zu MiDInt neu entwickelte Messinstrumente integriert. Diese betreffen insbesondere Einstellungen zu international relevanten aktuellen Ereignissen, Krisen oder politischen Entscheidungen. Neben Meinungen und Haltungen zu solchen Geschehnissen werden auch damit verbundene Erwartungen an die Politik in Deutschland sowie darauf bezogene Sorgen der Bevölkerung aufgegriffen.

Für jede Welle von MiDInt wird durch die Forschungsgruppe an der UHH und dem GIGA jeweils entschieden, welche aktuellen ereignisbezogenen Fragen neu aufgenommen werden bzw. welche Geschehnisse auch mehrfach wiederholt in verschiedenen Wellen von MiDInt thematisiert werden, um diesbezügliche Trends zu identifizieren.

Neben solchen Konstrukten, die sich auf konkrete Ereignisse beziehen und die daher auch zwischen den Wellen variieren können, wird weiter auch ein Kern von Fragen und Konstrukten immer wieder in gleicher Form in MiDInt integriert. Das betrifft zum einen politische Einstellungen, die von solchen Ereignissen ggf. beeinflusst werden und die zu den Kernthemen des Monitorings im Forschungsverbund MOTRA gehören.

Im Zentrum des Interesses stehen insoweit Einstellungen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Indikatoren für Rechtsextremismus sowie Maße für Intoleranz und Vorurteile (Muslimfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus). Hier finden Instrumente Anwendung, die auch in MiD und JuMiD integriert sind (vgl. Wetzels et al. 2022).

Einige Skalen, wie die Skala zur Erfassung krisenbezogener Akzeptanz von Autokratie und Demokratieablehnung, wurden für MiDInt neu entwickelt. Eine weitere neue Skala zielt auf die Messung der Akzeptanz von zivilem Ungehorsam als Protestform ab. Dies reicht von kleineren Regelverletzungen bis hin zu strafrechtlich relevanten Formen politisch motivierter Gewalt im Zusammenhang mit Protesten.

Die ebenfalls neu integrierte Messung von Nationalismus, im Sinne einer Ablehnung nationenübergreifender Verpflichtungen und Kooperationen (etwa mit Blick auf die EU), die auch als Präferenz für Unilateralismus angesehen werden kann, basiert auf den Erhebungen des ISSP 2013 (Scholz & Jutz 2015).

Ferner wird eine Reihe von Faktoren, die aus theoretischer Sicht sowie vor dem Hintergrund des bisherigen Forschungsstandes für die Erklärung von politisch-extremistischen Einstellungen relevant sind, immer wieder in gleicher Form in die Befragungen einbezogen. Auf diesem Wege ist es möglich, deren Bedeutung für im Laufe der Zeit erkennbare Trends der Veränderung der Verbreitung extremistischer Einstellungen zu überprüfen.

Wichtige Variablen sind in dieser Hinsicht aktuelle und in nächster Zeit von den Befragten erwartete wirtschaftliche und soziale Belastungen, die subjektive Zufriedenheit mit der eigenen finanziellen Situation sowie eine ggfs. bestehende Abhängigkeit von staatlichen Sozialhilfeleistungen.

Erfasst werden ferner - wie auch in den Studien MiD und JuMiD - Erfahrungen kollektiver Marginalisierung der Eigengruppe, das Systemvertrauen bezogen auf staatliche Institutionen, die subjektive Einschätzung der (In)Kompetenzen gesellschaftlicher Entscheidungsträger sowie die Ausprägung und Verbreitung von Verschwörungsmentalität. Im Hinblick auf politische Einstellungen werden außerdem über die sogenannte Sonntagsfrage auch die individuellen Parteipräferenzen erhoben.

Schließlich werden auch ausgewählte soziodemografische Grunddaten erhoben. Dazu gehören - neben Alter, Geschlecht und Bildungsniveau - die deutsche Staatsangehörigkeit, der Migrationsstatus sowie die Religionszugehörigkeit. Diese werden u.a. benötigt, um durch einen Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit die Repräsentativität der erreichten Analysestichprobe einschätzen zu können. Ferner werden Daten zur regionalen Verortung der Befragten (Bundesland, Ortsgrößenklassen ihrer Wohnorte) erfasst.

Neben der Einschätzung der Repräsentativität der quotierten Stichprobe dienen diese Daten auch dazu, die soziale und regionale Verteilung politisch extremistischer Einstellungen in verschiedenen Subgruppen und gesellschaftlichen Milieus genauer beschreiben und analysieren zu können.

4.1 Ereignisbezogene Konstrukte und Messinstrumente: Wahrnehmung und Bewertung international relevanter Geschehnisse

Zum Zeitpunkt der ersten Welle von MiDInt im November 2022 klang die Corona-Pandemie langsam ab. Besonders relevante Ereignisse und öffentliche Debatten betrafen in dieser Zeit - abseits der Pandemie - vor allem den seit Februar andauernden russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und damit assoziierte Entwicklungen (Gas-, Öl- und Energieversorgung, Lieferengpässe, finanzielle Unterstützungsmaßnahmen, Zuzug geflüchteter Menschen aus der Ukraine und die weltweite Nahrungsversorgung). Weiter prominent waren die Proteste gegen Frauen- und Menschenrechtsverletzungen im Iran und die darauf bezogenen staatlichen Reaktionen sowie die Diskussionen um die Klimakrise und internationale Bemühungen zu deren Bekämpfung, darunter auch die 27. Weltklimakonferenz, die vom 6. bis 20. November in Scharm El-Sheikh (Ägypten) stattfand.

Die Coronapandemie stellt ein nicht nur nationales, sondern genuin grenzüberschreitendes, transnationales Phänomen dar. Die Pandemie klang zu dieser Zeit in Deutschland zwar allmählich ab, Entwicklungen in anderen Ländern waren gleichwohl im Herbst 2022 immer wieder Anlass dafür, dass mögliche neuerliche Verschärfungen der Lage auch öffentlich kontrovers debattiert wurden. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, Besorgnisse in Bezug auf den weiteren Verlauf der Corona-Pandemie sowie damit verbundene Folgen in die Erhebungen einzubeziehen.

Weiter wurden mit verschiedenen Krisensituationen (Corona-Pandemie, Ukraine-Krieg, Klimakrise, Energieversorgung, zunehmender Zuzug flüchtender Menschen) verbundene *wirtschaftliche Folgen*, insbesondere eine drohende inflationsbedingte Wirtschaftskrise in Verbindung mit möglichen Versorgungsengpässen wie auch ein mögliches darauf bezogenes individuelles Vorsorgeverhalten der Bevölkerung thematisiert.

Einleitend wurden im Erhebungsinstrument, nach einem Hinweis auf die zahlreichen gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen, zunächst ***generelle Besorgnisse*** thematisiert.

Die Befragten konnten das Ausmaß ihrer Besorgnis in Hinblick auf die Folgen der Klimakrise, den Zuzug von Geflüchteten, gesellschaftliche Folgen der Wirtschaftskrise, einen vermehrten Einbezug Deutschlands in militärische Konflikte sowie mögliche Gewaltakte gegen geflüchtete Menschen oder die Begehung von Terroranschlägen in Deutschland angeben.

Weiter wurden die Befragten in sechs Fragen gebeten, die Wahrscheinlichkeit dafür einzuschätzen, dass sie innerhalb der nächsten sechs Monate in unterschiedlichen Formen in ***wirtschaftliche Schwierigkeiten*** geraten werden oder sich ökonomisch einschränken müssen.

Diese Angaben dienen der Messung der subjektiven Antizipation drohender wirtschaftlicher Belastungen in den Bereichen Miete, Heizung- und Stromkosten, Grundnahrungsmittel, Freizeit, Urlaub und Verlust des Arbeitsplatzes.

Daneben wurden auch ***Sorgen hinsichtlich stärker konkretisierter Ereignisse*** und Entwicklungen erfasst. So wurde in Bezug auf die Corona-Pandemie nach dem Ausmaß von Besorgnis in Bezug auf verschiedene Szenarien gefragt.

Thematisiert wurden hier mögliche Schließungen von Schulen und Kitas, ein Zusammenbrechen des Gesundheitssystems, ein Anstieg von Krankenzahlen oder Todesfällen sowie Insolvenzen und Schließungen („Pleiten“) von Unternehmen.

Im Hinblick auf den aktuellen Ukraine-Krieg konnten die Befragten angeben, wie groß ihre diesbezüglichen Sorgen und Ängste sind. Erfasst wurde zum einen das Ausmaß einer ***direkten Angst*** in Bezug auf kriegerische Akte, die unmittelbar Deutschland betreffen.

Thematisiert wurden insofern ein militärischer Angriff Russlands auf Deutschland, russische Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland sowie der Einsatz von Atomwaffen in Europa.

Weiter wurden auch Sorgen wegen der ***Folgen des Ukrainekrieges*** auf das Leben in Deutschland aufgegriffen.

Erhoben wurden hier Sorgen wegen einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht in Deutschland, wegen massenhafter Fluchtbewegungen nach Europa aufgrund fehlender Getreidelieferungen nach Afrika, wegen eines Zusammenbruchs der Energieversorgung in Europa sowie wegen zunehmender Gewalt zwischen in Deutschland lebenden Menschen aus Russland und anderen nationalen Gruppen.

Weiter wurden Indikatoren für das Ausmaß eines ***kriseninduzierten, individuellen Vorsorgeverhaltens*** mit Blick auf mögliche Versorgungsengpässe erhoben, die in dieser Zeit öffentlich diskutiert wurden.

Die Befragten konnten dazu angeben, ob sie bereits größere Vorräte an Trinkwasser, Grundnahrungsmitteln oder Batterien angelegt, bzw. alternative Heizquellen angeschafft haben oder dieses in nächster Zeit vorhaben.

Bezogen auf die in der Presse seit Mitte September 2022 national wie international in den Medien ausführlich thematisierten Auseinandersetzungen und Proteste wegen Frauen- und Menschenrechtsverletzungen im Iran wurden drei Skalen neu in das Erhebungsinstrument aufgenommen. Ziel dessen ist es, die Auswirkungen der Wahrnehmung dieser Geschehnisse auf die Einstellungen der Menschen in Deutschland, insbesondere deren Einfluss auf das Ausmaß und die Verbreitung von Muslimfeindlichkeit, in den Blick nehmen zu können.

Zum einen wurde in drei Items erhoben, welche *Erwartungen an die deutsche Politik* und deren Reaktionen auf diese Entwicklungen die Befragten haben (Unterstützung der Protestierenden, Sanktionen gegen den Iran, Aufnahme geflohener Menschen aus dem Iran). Weiter wurde erfasst, wie die Befragten die Geschehnisse im Iran ihrerseits deuten und bewerten.

Über drei Items wurde erhoben, in welchem Maße die Ereignisse mit einer generalisierten Negativbewertung des Islam (als unmenschlich, frauenfeindlich, demokratiefeindlich) verbunden werden.

Daneben wurde in zwei weiteren Items auch erfasst, inwieweit die Proteste als *Bestreben von Muslimen nach individuellen Freiheitsrechten* gedeutet werden (Freiheitsrechte, Frauenrechte).

Darüber hinaus konnten die Befragten angeben, für wie wahrscheinlich sie den Eintritt verschiedener politischer Folgen der Proteste im Iran halten.

Dies betrifft Entwicklungen in anderen muslimischen Ländern, die Beziehungen des Irans zu seinen Nachbarländern sowie mögliche Konflikte zwischen Muslimen innerhalb Deutschlands.

Im Hinblick auf den weltweiten Klimawandel und dessen Folgen wurden mit fünf Fragen *Einstellungen zu internationalen Bemühungen zur Bewältigung der Klimakrise* erfasst. Dazu wurden Einschätzungen und Bewertungen der 27. Weltklimakonferenz in Scharm El-Sheikh erhoben. Die Befragten konnten hier angeben, für wie wichtig und sinnvoll sie diese Konferenz sowie internationale Bemühungen zur Bekämpfung der Klimakrise halten.

4.2 Die Erhebung von Autokratieakzeptanz und Nationalismus sowie Intoleranz gegenüber Fremdgruppen und Minderheiten als zentrale abhängige Variablen

Im Hinblick auf die abhängigen Variablen Demokratiedistanz, Nationalismus und Intoleranz wurde sowohl auf Items und Konstrukte zurückgegriffen, die bereits in den MiD- oder JuMiD-Befragungen verwendet wurden (vgl. dazu Brettfeld et al. 2021, Fischer et al. 2023 und Farren et al. 2022), als auch komplett neue Instrumente entwickelt.

Phänomenübergreifend wurden zwei Skalen neu entwickelt. Über diese werden Einstellungen im Sinne der *Befürwortung einer autokratischen Staatsorganisation* sowie die *Zustimmung zu einer unilateralistischen bzw. nationalistischen Politik* erfasst. Beide Konstrukte sind so in den bisherigen Hauptstudien noch nicht verwendet worden und wurden in dieser ersten Welle von MiDInt erprobt.

Die Items der Skala zur Erfassung von Autokratieakzeptanz wurden so gestaltet, dass die Ablehnung demokratischer Prinzipien mit der aktuellen Lage bzw. mit Krisenphänomenen begründet wird. Insofern handelt es sich hier um eine „*krisenbezogene Autokratieakzeptanz*“. Insgesamt besteht die Skala aus sechs Items.

Erhoben wurden Zustimmung bzw. Ablehnung zu einer Reduzierung des Einflusses des Bundestages im Interesse einer starken politischen Führung, die Zustimmung zu der Aussage,

dass in der aktuellen Lage eine „Diktatur die bessere Staatsform“ sei, das Politiker benötigt werden, „die sich trauen auch alleine Entscheidungen durchzusetzen“ und zu der Aussage, dass in der aktuellen Lage der Staat einen Führer benötigt, „der das Land mit starker Hand regiert“.

Neben diesen Aspekten der Reduzierung des Einflusses der Legislative zugunsten der Exekutive und der Etablierung einer autokratischen Führung wurden Zustimmungen zur Einschränkung des Rechtsstaatsprinzips und der Gewaltenteilung (Handlungsfähigkeit der Regierung darf in der heutigen Krise „nicht durch Gerichte eingeschränkt“ werden) sowie die Ablehnung von Opposition und Meinungsvielfalt erfasst (Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt „können wir uns aktuell nicht leisten“).

Für die Skala „*nationalistische Einstellungen*“ wurden teilweise Fragen des International Social Survey Program (ISSP 2013) verwendet, in denen die Haltung zur transnationalen wirtschaftlichen und politischen Kooperation und Abstimmung Deutschlands mit anderen Ländern oder nationenübergreifenden Zusammenschlüssen thematisiert werden.

Erhoben wurde das Ausmaß der Zustimmung zu Aussagen, wonach Deutschland die Einfuhr ausländischer Produkte zugunsten der eigenen Wirtschaft beschränken, deutschen Fernseh- und Filmproduktionen den Vorzug gebe, seine eigenen Interessen verfolgen sollte, selbst wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt oder aber positiv möglichst viele Handelsbeziehungen mit anderen Ländern pflegen und seine Politik mit anderen Ländern abstimmen sollte.

Im Rahmen von Protesten gegen politische Entscheidungen sowie im Kontext des Engagements zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen finden sich auch unterschiedliche Formen des zivilen Ungehorsams bis hin zu strafrechtlich relevanter politischer Gewalt. Die **Akzeptanz solchen zivilen Ungehorsams** als Ausdruck von Protest wurde durch eine für MiDInt neu konzipierte Itembatterie von insgesamt sechs Fragen erfasst. Im Rahmen dessen konnten die Befragten auf einer Skala von „finde ich völlig falsch“ (-3) bis „finde ich völlig richtig“ (+3) Bewertungen dieser verschiedenen Formen von Protest und Regelverletzung abgeben.

Hier wurden Befragte um ihre Einschätzung bzgl. der Teilnahme an einer gerichtlich verbotenen Demonstration, der Besetzung eines öffentlichen Gebäudes, der Blockade des Straßenverkehrs, anonymer Gewaltdrohungen gegen Politiker im Internet, von nächtlichen Versammlungen vor dem Privathaus von Politikern verbunden mit deren lauter Beschimpfung sowie an Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft.

Unabhängig von spezifischen politischen Ideologien wurden weiter auch intolerante Haltungen gegenüber bzw. Abwertungen von Fremdgruppen und Minderheiten gemessen. Dies betrifft **Ausländerfeindlichkeit**, **Muslimfeindlichkeit** und **Antisemitismus**. Hier wurden bereits in MiD und JuMiD verwendete Items um positiv konnotierte Items ergänzt.

Zur Erfassung von *Ausländerfeindlichkeit* wurden drei ablehnende Haltungen thematisierende Fragen („es gibt zu viele Ausländer in Deutschland“; „Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“; „die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen“) ergänzt um das Item „Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen“.

Für die Erhebung von *Muslimfeindlichkeit* wurden die negativ konnotierten Items „Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land“ und „Es gibt zu viele Muslime in Deutschland“ um ein Item ergänzt, dass Muslime als einen wichtigen Teil für unsere Gesellschaft anerkennt und als zugehörig zu Deutschland begreift („Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“).

Antisemitische Einstellungen wurden gleichfalls über drei Fragen operationalisiert. Diese betreffen den sogenannten klassischen Antisemitismus. Hier wurde neben den Items „Juden haben zu viel Einfluss in Deutschland“ sowie „Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt“ ebenfalls ein positiv formuliertes Item einbezogen („Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland“).

4.3 Erhebung von Einflussfaktoren auf individueller und sozialer Ebene

Extremismusaffine Einstellungen oder mit aktuellen Krisen und Ereignissen im Weltgeschehen assoziierte Sorgen und Bedrohungsgefühle können durch die individuelle Einschätzung der Kompetenzen und der Handlungsfähigkeit staatlicher Akteure und durch das Vertrauen, das diesen entgegengebracht wird, stark beeinflusst werden (vgl. dazu u.a. Brettfeld & Wetzels 2022a, 2022b; Fischer et al. 2022; Wetzels & Brettfeld 2022; Wetzels et al. 2022a, 2022b).

Um diese Konstrukte zu erfassen, wurde für MiDInt auf eine - leicht angepasste - Itembattery zur Erfassung des **Systemvertrauens** zurückgegriffen, die in ähnlicher Weise auch in MiD verwendet wurde (vgl. Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023).

Mit diesen Items wird das allgemeine Vertrauen in staatliche Institutionen wie die Gerichtsbarkeit, die Polizei, die politischen Parteien, die Regierung und die staatlichen Behörden gemessen. Ergänzend wurde auch das Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien erfasst, das auch mit Blick auf die Ausprägung von Verschwörungsmentalitäten relevant ist.

Des Weiteren wurden die Befragten um eine Einschätzung der **Kompetenzen der Entscheidungsträger** aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen gebeten.

Die hier eingesetzten sechs Items thematisieren ein Desinteresse von Entscheidungsträgern an den Problemen der einfachen Leute, ihre mögliche Unfähigkeit zur Bewältigung aktueller Probleme, ein Handeln gegen die Interessen der Bevölkerung sowie die Annahme, dass Entscheidungsträger in unserem Land nur reden aber keine Probleme lösen.

Diese negativen Umschreibungen, die auch in der Studie MiD bereits verwendet wurden (Fischer et al. 2023), wurden in MiDInt ergänzt um zwei positive Feststellungen, wonach die Entscheidungsträger in unserem Land bemüht sind, „die Probleme der Menschen in unserem Land zu lösen“ und dass sie im Interesse des Wohls des Landes entscheiden, „auch wenn es ihnen persönlich keinen Vorteil bringt“.

Erfasst wurde auch die Ausprägung der **Erfahrung kollektiver Marginalisierung** der Eigengruppe, d.h. das Maß, in dem die Befragten wahrnehmen, dass sie zu einer Gruppe gehören, die systematisch durch Behörden und Politik in Deutschland benachteiligt werden.

Nach der Einleitung „Menschen wie ich...“, über welche der Bezug zur selbstdefinierten subjektiven Gruppenzugehörigkeit hergestellt wird, wurde erfasst, inwieweit nach Ansicht der Befragten, Menschen dieser Art von der Politik nicht ernst genommen, von Behörden respektlos behandelt, von der Polizei unfair behandelt und bei Sozialleistungen benachteiligt werden. Es handelt sich um eine leicht gekürzte Fassung einer Itembattery, die auch in den Studien MiD und JuMiD verwendet wurde (vgl. Brettfeld et al. 2021; Farren et al. 2022; Fischer et al. 2023).

Weiter wurde erhoben, inwieweit die Befragten eine Neigung zur **Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen** (Verschwörungsmentalität) zeigen. Dazu wurde eine aus vier Items bestehende Skala zur Erfassung der verschwörungstheoretisch konnotierten Delegitimation von Politik, Medien und Wissenschaft verwendet (vgl. Wetzels & Brettfeld, 2022).

Diese Skala misst eine nicht auf spezifische Verschwörungserzählungen begrenzte, generalisierte Verschwörungsmentalität, die als einen zentralen Bestandteil eine implizite generalisierte Negativbewertung von Eliten enthält. (vgl. dazu auch Nachtwey, Schäfer & Frei 2020; Lamberty & Rees 2021; Rees & Lamberty 2019).

Ergänzend wurden noch drei weitere Items eingesetzt, die spezifische Verschwörungsnarrative aufgreifen. Hier geht es um die absichtsvolle Verheimlichung des Ursprungs des Coronavirus, die Verheimlichung der Nebenwirkungen von Impfungen und um den Einfluss von privaten Großunternehmen auf politische Entscheidungen.

4.4 Survey-Experiment zu Einstellungen gegenüber Flüchtlingen und dem Einfluss öffentlicher Verlautbarungen durch Politik und Zivilgesellschaft

Der Anteil von Menschen in Deutschland, die einen Migrationshintergrund aufweisen, ist in den 2000er Jahren erheblich gewachsen. Zwischen 2005 und 2021 war ein Zuwachs von 17.9% auf über 27% zu registrieren (Statistisches Bundesamt 2022a). Diese Anstiege stehen in engem Zusammenhang mit einer deutlichen Zunahme von Zuwanderung im Kontext von Flucht aufgrund von Krieg, Bürgerkrieg und/oder politischer Verfolgung. Seit dem Jahr 2015 haben über 2.1 Millionen Menschen in Deutschland erstmalig Asyl beantragt (BAMF 2022). Die Zahl der anerkannten Schutzsuchenden hat sich in diesem Zeitraum von einer auf fast zwei Millionen verdoppelt (Statistisches Bundesamt 2022b).

Seit Februar 2022 ist es im Gefolge des Ukraine-Krieges zu einem nochmals ganz erheblichen Anstieg des Zuzugs geflüchteter Menschen nach Deutschland gekommen. Seitdem hat sich die Anzahl der in Deutschland lebenden Menschen mit einer ukrainischen Staatsbürgerschaft versiebenfacht. Ende 2022 lebten fast 1 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2022c). Zum Jahresbeginn 2023 sprachen sowohl deutsche als auch europäische Behörden von einem weiter steigenden "Migrationsdruck" an den EU-Außengrenzen (FAZ 2022). Es war Ende 2022 bereits damit zu rechnen, dass auch in den nächsten Monaten sehr viele Menschen nach Europa, insbesondere Deutschland fliehen, um hier Schutz zu suchen.

Zwar verweist das vom Sachverständigenrat für Integration und Migration veröffentlichte Integrationsbarometer darauf, dass sich das Integrationsklima in den letzten Jahren verbessert habe (SVR 2022). Befunde der Leipziger Autoritarismus Studie (Decker et al. 2022) zeigen allerdings auch, dass im Gefolge der ersten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 manifest ausländerfeindliche Haltungen, die bis 2014 stetig rückläufig waren, bis zum Jahr 2018 sukzessive wieder deutlich angestiegen sind, von 17.7% (2014) über 19.7% (2016) auf 23.4% im Jahr 2018. Danach beruhigte sich die Situation in dieser Hinsicht etwas mit einem Rückgang auf 16.5% im Jahr 2020. Allerdings fanden sich hier beträchtliche Differenzen zwischen West (13.7% und Ost (27.8%).

Im Gefolge des Ukraine-Krieges und der neuerlichen Anstiege geflüchteter Menschen stiegen diese ausländerfeindlichen Ressentiments jedoch vor allem im Osten wieder ganz deutlich. Die Raten beliefen sich im Jahr 2022 auf 33.1% im Osten, während sie im Westen mit 12.6% weiter niedrig blieben. Forschungsarbeiten speziell zu geflüchteten Menschen weisen weiter darauf hin, dass der Zuzug geflüchteter Menschen von einem erheblichen Teil der Bevölkerung als Risiko wahrgenommen wird (Reinhardt und Frings 2020).

Das Thema Flucht und damit verbundenen Fragen des Rückhalts für die Aufnahme Geflüchteter seitens der Bevölkerung wird auch längerfristig eine hohe Relevanz besitzen. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, in der ersten Welle von MiDInt dem Thema Flucht und geflüchtete Menschen einen zentralen Stellenwert einzuräumen und spezielle Befragungselemente zu integrieren, um Einstellungen zu geflüchteten Personen und den Maßnahmen zu deren Aufnahme und Unterstützung genauer zu untersuchen.

Neben der Beschreibung dieser Einstellungen soll weiter analysiert werden, ob und in welchem Ausmaß öffentliche Verlautbarungen zu diesem Thema in Form von Stellungnahmen und Bewertungen seitens wichtiger Repräsentanten zivilgesellschaftlicher oder politischer Institutionen - die es in den letzten Monaten recht häufig und in sehr unterschiedlichen Formen auch tatsächlich gegeben hat - die Einstellungen der Bevölkerung gegen-

über geflüchteten Menschen beeinflussen können. Diese Frage wurde mittels eines Survey-Experiments verfolgt.

Um zu prüfen, ob öffentliche Verlautbarungen verschiedener Institutionen zum Zuzug geflüchteter Menschen diese Einstellungen kausal beeinflussen, wurde ein experimentelles Kontrollgruppendesign verwendet. Im Rahmen dessen wurden die Befragten randomisiert (zufällig) einer von sechs Teilgruppen zugeordnet. Es handelt sich um fünf verschiedene Experimentalgruppen (Split 1-5) und eine Kontrollgruppe (Split 6).

Den Personen in den Splits 1 bis 5 wurde eine fiktive Meldung über zunehmende Fluchtbewegungen nach Europa und die daraus resultierende Notwendigkeit, Vorbereitungen für die Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen zu treffen, vorgelegt.

In den Splits 1 bis 4 wurde den Befragten zusätzlich zu dieser Meldung jeweils eine kommentierende, explizit wertende Äußerung eines zivilgesellschaftlichen oder politischen Akteurs präsentiert. Zwei dieser Kommentare begrüßen die Aufnahme von Flüchtlingen und sehen darin positive Entwicklungen in verschiedenen Bereichen, die zwei anderen Kommentare sehen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge kritisch und bewerten sie negativ:

In Split 1 wird der Zuzug von Geflüchteten durch die Arbeitgeberverbände begrüßt und als Zukunftsinvestition und Möglichkeit der Kompensation des Fachkräftemangels bewertet.

In Split 2 kommentiert Amnesty International den Zuzug von Geflüchteten positiv mit Verweis auf die Wahrung von Humanität und Menschenrechten, verbunden mit der Erklärung, dass Deutschland diese Herausforderungen bewältigen werde.

In Split 3 erklären Vertreter der Kommunen, dass sie mangels Wohnraumkapazitäten eine menschenwürdige Unterbringung nicht mehr gewährleisten sei und sie deshalb keine Flüchtlinge mehr aufnehmen zu könnten.

In Split 4 verweist die AfD auf eine Destabilisierung und Überfremdung Europas und die Notwendigkeit der umgehenden Schließung der Grenzen, um eine unregelmäßige Massenimmigration nach Deutschland und in unsere Sozialsysteme zu verhindern.

Split 5 erhielt neben der oben dargestellten Meldung über den erwarteten Zuzug von Flüchtlingen keine weitere kommentierende Stellungnahme.

Die Befragten aus Split 6 bilden in diesem Experiment die Kontrollgruppe; ihnen wurde weder die Meldung über den Zuzug von Flüchtlingen noch ein diesbezüglicher Kommentar präsentiert.

Um zu prüfen, ob die Befragten die Vignetten auch tatsächlich gelesen haben, wurden die Befragten aus Split 1 bis 4 anschließend gefragt, wer die ihnen vorgelegte Nachricht kommentiert hatte. Auf diesem Wege können Befragte ausgefiltert werden, die das Treatment in diesem experimentellen Design gar nicht wahrgenommen haben und deren nachfolgende Angaben damit ungeeignet für die weitere Analyse dieses Priming-Experiments sind.

Im Anschluss beantworteten die Befragten aller 6 Splits dieselben Fragen zu ihren ***Einstellungen gegenüber Geflüchteten und zu ausgewählten unterstützenden Maßnahmen für Flüchtlinge.***

Einstellungen zu geflüchteten Menschen wurden über drei Aussagen erhoben, in denen geflüchtete Personen als Quelle von Belastungen oder Bedrohungen thematisiert werden („Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte“; „Durch Flüchtlinge kommen hauptsächlich mehr Gewalttäter in unser Land“; „Flüchtlinge schaden unserer Wirtschaft“).

Einstellungen zu Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete wurden ebenfalls über drei Aussagen erhoben. Hierzu wurde erfasst, inwieweit die Befragten einer unbürokratischeren Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen Geflüchteter, einer schnelleren Einbürgerung geflüchteter Menschen sowie der Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete in ihrem eigenen Wohnumfeld zustimmen.

Die insgesamt sechs untersuchten Gruppen unterscheiden sich aufgrund der zufälligen Zuordnung zu den 6 Splits (Randomisierung) nur im Hinblick auf die ihnen vorgelegten Informationen zu Fluchtbewegungen nach Europa und die jeweils präsentierten wertenden Stellungnahmen. Unterschiede der Einstellungen zu Flüchtlingen sowie zu unterstützenden Maßnahmen für Geflüchtete zwischen den Gruppen aus den Splits 1-5 einerseits und der Kontrollgruppe aus Split 6 andererseits können damit kausal auf diese Unterschiede in der Konfrontation mit Informationen und wertenden Äußerungen zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure zurückgeführt werden.

5 Konstrukte und zu deren Messung verwendete Items im Überblick

In der nachfolgenden Übersicht werden die Themen, Konstrukte und die zu deren Messung verwendeten Items, so wie sie in der ersten Welle der Befragung MiDInt eingesetzt wurden, aufgelistet. Weiter werden auch deren Quellen dargelegt.

Die Darstellung folgt nicht der Reihenfolge der Frage im Erhebungsinstrument; die Nummern der Fragen im Fragebogen lassen sich jedoch dieser Tabelle gleichfalls entnehmen. Das Erhebungsinstrument selbst im Anhang im Original beigefügt, sodass auch die verwendete Abfolge der Fragen erkennbar wird.

Tabelle 6: Erhebungsinstrument MiDInt Nov. 2022: Überblick zu Konstrukten und Quellen

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Soziodemografie			
Demographische Grunddaten	<ul style="list-style-type: none"> • Geschlecht • Alter • Bundesland • Ortsgröße 		25, 26, 30, 31
Bildung/Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> • Schulabschluss • Beruflicher Abschluss 		20, 21
Einkommen	<ul style="list-style-type: none"> • Zurechtkommen mit finanziellen Mitteln • Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung 		28, 29
Ethnische Herkunft/ Migrationshintergrund	<ul style="list-style-type: none"> • Zuwanderung nach Deutschland • Deutsche/Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit • Aufenthaltsdauer in Deutschland 		22-24
Religionszugehörigkeit	<ul style="list-style-type: none"> • Religionszugehörigkeit 		27
Konstrukte im Kontext aktueller internationaler Ereignisse und Entwicklungen			
Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> • Klimawandel • Migration • Wirtschaftskrisen • Krieg • steigende Preise • Schrumpfen der Wirtschaft • Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte • Islamistische Terroranschläge 	Eigene Entwicklung (Brettfeld et al. 2021; Farren et al., 2022)	1 (1-8)
Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen	Belastungen im Bereich: <ul style="list-style-type: none"> • Miete, • Heizung und Strom, • Grundnahrungsmittel • Freizeitaktivitäten • Urlaub • Arbeitsplatzsicherheit 	Eigene Entwicklung	2 (1-6)

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Besorgnisse im Zusammenhang mit Corona-Pandemie	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> Schließung von Schulen und Kitas Unternehmenspleiten Zusammenbrechen des Gesundheitssystems Schwere Erkrankung oder Tod vieler Menschen 	Eigene Entwicklung, (Brettfeld et al., 2021)	3 (1-4)
Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg	Ausmaß der Besorgnis bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> Angriff Russlands auf Deutschland Russische Anschläge in Deutschland Verpflichtung zum Militärdienst Massenflucht wegen fehlender Getreidelieferung Einsatz von Atomwaffen in Europa Zusammenbruch der Energieversorgung Gewalt zw. Russen und Anderen in Deutschland 	Eigene Entwicklung (Farren et al. 2022)	4 (1-7)
Vorsorgeverhalten wegen Versorgungsengpässen	Vorratshaltung bezogen auf: <ul style="list-style-type: none"> Trinkwasser Grundnahrungsmittel Radio und Batterien alternative Heizgeräte 	Eigene Entwicklung	5 (1-4)
Generalisierte Negativbewertung des Islam	Bewertung des Islam vor dem Hintergrund der Frauen- und Menschenrechtsverletzungen und der Proteste im Iran: <ul style="list-style-type: none"> „Unmenschlichkeit“ des Islam Keine Frauenrechte im Islam Keine Demokratie im Islam 	Eigene Entwicklung	6 (2, 4, 7)
Streben nach individuellen Freiheits- und Gleichheitsrechten durch Muslime	Bewertung des Islam vor dem Hintergrund der Frauen- und Menschenrechtsverletzungen und der Proteste im Iran: <ul style="list-style-type: none"> Streben nach Freiheitsrechten durch Muslime Einsatz für Frauenrechte durch Muslime 	Eigene Entwicklung	6 (3, 6)
Unterstützung der Proteste im Iran	<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung für Protestierende Verhängung von Sanktionen gegen den Iran Aufnahme verfolgter Personen aus dem Iran 	Eigene Entwicklung	6 (1, 5, 8)
Folgen der Proteste im Iran in Deutschland und auf internationaler Ebene	Wahrscheinlichkeit möglicher Folgen: <ul style="list-style-type: none"> Gewalt zwischen Muslimen in Deutschland Forderungen von Freiheitsrechten in anderen Ländern Unterdrückung von Freiheitsbestrebungen in anderen Ländern Krieg zwischen dem Iran und Nachbarländern 	Eigene Entwicklung	7 (1-4)
Weltklimakonferenz	Einstellungen zur Weltklimakonferenz (Nov. 2022): <ul style="list-style-type: none"> wichtig, alle Länder arbeiten gemeinsam sinnlos, nur Reden ohne Handeln wichtig, für Ausgleichszahlungen überflüssig, Klimawandel existiert nicht sinnvoll, weckt Aufmerksamkeit der Politik 	Eigene Entwicklung	19 (1-5)
Zentrale abhängige Variablen			
Autokratieakzeptanz	Befürwortung von demokratiefeindlicher Handlungsformen im Kontext aktueller Krisen: <ul style="list-style-type: none"> Reduzierung des Einflusses des Parlaments Befürwortung von Diktatur Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte einschränken Durchsetzungsfähige Politiker Ablehnung langer Debatten/Meinungsvielfalt Wunsch nach starkem Führer 	Eigene Entwicklung	10 (1-6)

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Unilateralismus/ Nationalismus	Einstellungen zu: <ul style="list-style-type: none"> • Einfuhr ausländischer Produkte reduzieren • viele Handelsbeziehungen zu Ländern außerhalb EU • nationale Interessen, auch wenn das Konflikte befördert • Abstimmung mit anderen, keine Alleingänge • Kein Erwerb von Grundstücken durch Ausländer • Deutsche Filme im deutschen Fernsehen • internationale Konzerne schaden Firmen vor Ort • Einschränkungen des Handlungsspielraums durch internationale Organisationen 	in Anlehnung an ISSP 2013 (Scholtz & Jutz 2015)	15 (1-8)
Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten	Abwertung bestimmter Gruppen: <ul style="list-style-type: none"> • Ausländerfeindlichkeit • Muslimfeindlichkeit • Antisemitismus 	Zick et al. 2019; Decker et al., 2022 und eigene Entwicklungen: Brettfeld et al. 2021; Fischer et al. 2023	14 (1-10)
Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams	Bewertungen verschiedener Formen zivilen Ungehorsams zu Protestzwecken: <ul style="list-style-type: none"> • Teilnahme an einer verbotenen Demo • Hausbesetzungen • Versammlung vor Privathaus von Politiker • Politikern im Internet Gewalt androhen • Teilnahme an Demo gegen Flüchtlingsunterkünfte • Blockade des Straßenverkehrs 	Eigene Entwicklung	16 (1-6)
Erklärungsfaktoren auf individueller und sozialer Ebene			
Systemvertrauen	Allgemeines Vertrauen in Institutionen: <ul style="list-style-type: none"> • Gerichte • Polizei • Parteien • Regierung • Behörden • öffentlich-rechtliche Medien 	European Value Survey, angepasst (Brettfeld et al. 2021)	8 (1-6)
Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger	Einschätzung der Kompetenzen von Entscheidungsträgern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik: <ul style="list-style-type: none"> • Interesse an Problemen • Fähigkeit zur Bewältigung von Problemen • Bemühungen um Problemlösungen • Handeln gegen Interessen der Bevölkerung • Handlungen zum Wohl des Landes • Reden ohne Probleme zu lösen 	Eigene Entwicklung (Brettfeld et al. 2021) und Neuentwicklungen	9 (1-6)
Kollektive Marginalisierung	Wahrgenommene Benachteiligungen der Eigengruppe: <ul style="list-style-type: none"> • Benachteiligung bei Sozialleistungen • Respektlose Behandlung durch Behörden • Nicht ernst genommen werden von Politikern • Unfaire Behandlung durch Polizei 	Eigene Entwicklung	12 (1-4)
Verschwörungsmentalität	Befürwortung verschiedener Verschwörungsnarrative <ul style="list-style-type: none"> • Geheimhaltung des Ursprungs von COVID • Einfluss geheimer Organisationen • Geheimhaltung der Impfnutzenwirkungen • Politiker sind nur Marionetten • Klimastudien sind gefälscht • Verbindung Medien und Politik • Einfluss von Großunternehmen 	Rees & Lamberty 2021; eigene Entwicklungen, Wetzels & Brettfeld, 2022	13 (1-7)

Konstrukt	Inhalte	Quelle	Frage (Item)
Politische Orientierung	Sonntagsfrage	European Value Survey	11
Surveyexperiment			
Experiment	Auswirkung positiver oder negativer öffentlicher Verlautbarungen durch gesellschaftliche Akteure in Bezug auf zunehmende Fluchtbewegungen nach Deutschland auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten	Eigene Entwicklung	
5 Experimentalgruppen (Split 1 bis Split 5) und eine Kontrollgruppe (Split 6)	Vignette zum wachsenden Zuzug Flüchtender nach Deutschland		
	Split 1: positive Kommentierung durch Arbeitgeberverbände		
	Split 2: positive Kommentierung durch Amnesty International		
	Split 3: negativ Kommentierung durch Kommunen		
	Split 4: negative Kommentierung durch AfD		
	Split 5: ohne Kommentierung		
	Manipulation Check (Erinnerung an Quelle der Kommentierung)		17
	Einstellung zu Flüchtlingen und zu Maßnahmen zur Unterstützung von Flüchtlingen		18 (1-7)
	<ul style="list-style-type: none"> • Allg. Ablehnung der Aufnahme • Flüchtlinge bedrohen Lebensweise und Werte • Es kommen vor allem mehr Gewalttäter • Flüchtlinge schaden der Wirtschaft • Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen • Schnellere Einbürgerung • Wohnraum für Flüchtlinge in der eigenen Nachbarschaft 		

Literatur

- BAMF (2022), Aktuelle Zahlen: Ausgabe November 2022, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, online: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-november-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, T. & Wetzels, P. (2023). Perspektiven auf die Klimakrise: Verbreitung von Sorgen wegen des Klimawandels und Einstellungen zur Weltklimakonferenz 2022. *MOTRA-Spotlight 01/23*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2023001>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022a). Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Sorgen und Verunsicherungsgefühle angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen, Vertrauen in Staat und Politik sowie Betroffenheit durch Intoleranz und Diskriminierung. *MOTRA-Spotlight 01/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022001>
- Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022b). Die Studie „Menschen in Deutschland 2021“. Erkenntnisse zu Verbreitung und Hintergründen rechtsextremer Einstellungen in der erwachsenen Wohnbevölkerung im Jahr 2021. *MOTRA-Spotlight 02/22*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2022002>
- Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2021). Menschen in Deutschland 2021. *Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Entwicklung, Inhalt und Aufbau des Erhebungsinstruments*. MOTRA Forschungsbericht No. 1 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10257>.
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismusstudie 2022 : Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In : O. Decker, J. Kies, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, (S.31-90). Gießen : Psychosozial-Verlag.
- Deutsche Bischofskonferenz (2020). *Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2019/2020*. Arbeitshilfen, 315. Bonn.
- EKD - Evangelische Kirche in Deutschland (2020). *Gezählt 2020. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben*. Hannover: EKD
- Endtricht, R., Farren, D., Fischer, J.M.K., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2022). Menschen in Deutschland 2021. Erste Welle der bundesweit repräsentativen Befragung. Durchführung und Rücklauf der Erhebung - Methodenbericht. MOTRA Forschungsbericht No. 2 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10259>.
- Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Wetzels, P. (2022). *Junge Menschen in Deutschland 2022. Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrumente und Codebuch der repräsentativen Befragung JuMiD 2022*. MOTRA Forschungsbericht No. 5 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <http://doi.org/10.25592/uhhfdm.10834>
- Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2023) Männliche Opfernarrative und rechtsextreme Einstellungen bei jungen Menschen: Validierung und Anwendung eines Instrumentes zur Erfassung maskulistischer Bedrohungsgefühle. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* (online, ahead of print). <https://doi.org/10.1515/mks-2022-0017>
- Fischer, J.M.K., Farren, D., Brettfeld, K., Endtricht, R. & Wetzels, P. (2023). *Menschen in Deutschland 2022. Zweite Welle der bundesweit repräsentativen Befragung: Durchführung, Rücklauf, Erhebungsinstrument und Codebuch*. MOTRA Forschungsbericht No. 6. aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.11415>
- Fischer, J.M.K., Endtricht, R. & Farren, D. (2022). Die Bedeutung kollektiver Marginalisierung und negativer sozialer Emotionen für die Erklärung extremismusaffiner politischer Einstellungen: Eine empirische Untersuchung auf Basis der General Strain Theory. *Rechtspsychologie 8* (2), 173-195. <https://doi.org/10.5771/2365-1083-2022-2-173>
- Lamberty, P. & Rees, J. (2021). Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.): *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/2021*, (S. 283-299). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Nachtwey, O., Schäfer, R. & Frei, N. (2020). Politische Soziologie der Corona-Protteste. Grundausswertung. Basel: Universität Basel, Institut für Soziologie. <https://osf.io/preprints/socarxiv/zy3f/>
- Pfündel, K., Stichs, A. & Tanis, K. (2021). *Muslimisches Leben in Deutschland*. Berlin: BAMF.

- Rees, J.H. & Lamberty, P. (2019). Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmymen als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In Zick, A., Küpper, B. & Berghan, W. (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände* (S. 203-222). Bonn: J.H.W. Dietz.
- Reinhardt, P., Frings, C. Was determiniert Einstellungen zu den Folgen der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland? Ergebnisse auf Basis des GESIS-Panels 2016. *Politische Vierteljahresschrift* 61, 701-724 (2020). <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00254-2>.
- Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023). Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. *GIGA-Fokus Global*: Nr. 1/2023. <https://doi.org/10.57671/gfgl-23011>
- Richter, T., Brettfeld, K., Greipl, S., Hohner, J., Hunger, S., Kanol, E., El Masri, M. & Wetzels, P. (2022). Auswirkungen des Gaza-Krieges 2021 auf Deutschland: Eine mehrdimensionale Analyse des Radikalisierungsgeschehens. In U. Kemmesies., P. Wetzels, B. Austin, A. Dessecker, E. Gran-de, C. Büscher & D. Rieger (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 222-247). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Scholz, E., & Jutz, R. (2015). *ISSP 2013 Germany: National Identity III ; GESIS Report on the German Study*. (GESIS Papers, 2015/14). Köln: GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. <https://doi.org/10.21241/ssolar.44011>
- Statistisches Bundesamt (2020a). *Bildungsstand der Bevölkerung - Ergebnisse des Mikrozensus 2019*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2020b). *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2020*. Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2022a), GENESIS-Online: Schutzsuchende (12531-0001), <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>
- Statistisches Bundesamt (2022b), Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html>.
- Statistisches Bundesamt (2022c), Ukraine: Gesellschaft. https://www.destatis.de/DE/Im-Fokus/Ukraine/Gesellschaft/_inhalt.html
- SVR (2022), Integrationsklima 2022: Leicht verbessert mit einzelnen Einrübungen, SVR-Integrationsbarometer, Berlin: Sachverständigenrat für Integration und Migration. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/12/SVR_Integrationsbarometer_2022_Barrierefrei.pdf.
- Wetzels, P. & Brettfeld, K. (2022). *Auswirkungen verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien im Kontext der COVID-19 Pandemie auf demokratieablehnende Einstellungen sowie Intoleranz und Vorurteile*. MOTRA Forschungsbericht No. 3 aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10261>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J.M.K. (2022a). *Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021*. *MOTRA Forschungsbericht No. 4* aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>.
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Fischer, J.M.K. & Farren, D. (2022b). Zur Verbreitung extremismusaffiner Einstellungen in Deutschland: Befunde der repräsentativen Befragung "Menschen in Deutschland 2021". In: Kemmesies et al. (Hrsg.), *MOTRA-Monitor 2021*, (S. 72-103). Wiesbaden: BKA. https://doi.org/10.53168/isbn.978-3-9818469-4-2_2022_MOTRA
- Zick, A., Berghan, W. & Mokros, N. (2019). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: A. Zick, B. Küpper & W. Berghan (Hrsg.), *Verlorene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*, (S. 53- 116). Bonn: Dietz.



Menschen in Deutschland - International -

November 2022

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, an der Studie „Menschen in Deutschland – International“ (MiDInt) teilzunehmen.

In Deutschland und der Welt finden gegenwärtig Ereignisse und Veränderungen statt, die viele Menschen in Deutschland bewegen und die sie zum Teil auch ganz persönlich betreffen.

Bei den folgenden Fragen geht es um Ihre persönlichen Ansichten zu aktuellen politischen Ereignissen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland und in anderen Ländern. Dabei gibt es keine richtigen oder falschen Antworten. Es geht immer nur um Ihre ganz persönliche Meinung, Ihre Einschätzungen und Wünsche.

Die Befragung erfolgt anonym. Wir versichern Ihnen, dass jede Information, die Sie uns mitteilen, streng vertraulich behandelt und nur im Rahmen unseres Forschungsvorhabens verwendet wird.

Die Beantwortung des Fragebogens wird etwa 15 Minuten Ihrer Zeit in Anspruch nehmen. Mit dem "Weiter" - Button kommen Sie zur nächsten Frage.

Wir möchten Sie bitten, die Fragen alleine zu beantworten.

Vielen Dank für Ihre Mühe!

**Gegenwärtig gibt es viele gesellschaftliche Veränderungen und Herausforderungen.
Viele Menschen machen sich darüber Gedanken. Wie ist das bei Ihnen?**

1. Inwieweit sind Sie über folgende Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Wirtschaftskrisen zu mehr Armut führen könnten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Deutschland öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die Preise weiter steigen könnten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die deutsche Wirtschaft schrumpfen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass erneut Anschläge wie am 11. September 2001 auf das World Trade Center stattfinden könnten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

2. Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

	sehr unwahrscheinlich	unwahrscheinlich	wahrscheinlich	sehr wahrscheinlich
<i>Dass ich ...</i>				
meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mich bei Ausgaben für meine Freizeit einschränken muss, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
mir einen Urlaub nicht leisten kann, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

3. In den vergangenen zwei Jahren hat die Corona-Pandemie uns alle beschäftigt. Die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung hatten Auswirkungen auf das Leben von Menschen in der ganzen Welt. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende mögliche Entwicklungen Ihnen Sorgen bereiten.

<i>Dass wegen Corona ...</i>	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
wieder Schulen und Kitas geschlossen werden könnten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
viele Unternehmen pleite gehen könnten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
unser Gesundheitssystem zusammenbrechen könnte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
viele Menschen schwer krank werden oder sterben könnten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

4. Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge ihnen Sorgen bereiten.

	besorgt mich gar nicht	besorgt mich kaum	besorgt mich etwas	besorgt mich sehr
Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass in Deutschland junge Erwachsene wieder zum Militärdienst verpflichtet werden könnten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es wegen fehlender Getreidelieferungen nach Afrika eine massenhafte Flucht nach Europa geben könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass die Energieversorgung in Deutschland zusammenbrechen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Dass es in Deutschland zu Gewalt zwischen hier lebenden Russen und anderen Gruppen kommen könnte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

5. In Deutschland wird zur Zeit diskutiert, ob wir uns auf mögliche Versorgungsengpässe und Störungen vorbereiten sollten. Wie denken Sie darüber? Bitte geben Sie an, inwieweit Sie folgende Vorkehrungen aktuell schon getroffen haben, in nächster Zeit treffen wollen oder aber auch gar nicht treffen werden.

	Habe ich schon gemacht	Werde ich in nächster Zeit machen	Werde ich nicht machen	Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht.
Einen größeren Vorrat an Trinkwasser (z.B. Mineralwasser) anlegen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ein batteriebetriebenes Radio und einen Vorrat an Batterien anschaffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Einen größeren Vorrat an Grundnahrungsmitteln anschaffen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Alternative Heizgeräte anschaffen, die nicht auf Öl oder Gas angewiesen sind.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

6. In der Islamischen Republik Iran ist vor kurzem eine junge Frau durch die dortige Sittenpolizei verhaftet worden und in der Haft zu Tode gekommen. Deshalb kam es im Iran zu Massenprotesten. Die iranischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte die Protestierenden im Iran unterstützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass der Islam unmenschlich ist.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Proteste zeigen, dass auch Muslime großen Wert auf Freiheitsrechte legen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Frauen werden im Islam nie die gleichen Rechte haben wie Männer.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wegen dieser Geschehnisse sollte Deutschland weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Vorfälle bestätigen, dass es Demokratie im Islam nicht geben kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte wegen der Proteste verfolgte Personen aus dem Iran unbürokratisch aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

7. Die Proteste im Iran haben weltweit für Aufsehen gesorgt. Bitte geben Sie an, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass die Vorfälle im Iran zu folgenden Entwicklungen führen.

	sehr unwahr- schein- lich	unwahr- schein- lich	wahr- schein- lich	sehr wahr- schein- lich
<i>Dass die Vorfälle im Iran ...</i>				
in Deutschland zu Gewalt zwischen hier lebenden Muslimen führen, halte ich für...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in anderen muslimischen Ländern Forderungen nach Freiheitsrechten auslösen, halte ich für...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
zu Krieg zwischen dem Iran und seinen Nachbarn führen, halte ich für...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
in anderen muslimischen Ländern zur Unterdrückung von Freiheitsbestrebungen führen, halte ich für...	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

→ Die 1 steht für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...	überhaupt kein Vertrauen					volles Vertrauen
die Gerichte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
die Polizei	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
die politischen Parteien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
die Regierung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
die Behörden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
öffentlich-rechtliche Medien	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

9. Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

<i>Die Entscheidungsträger in unserem Land ...</i>	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
sind bemüht, die Probleme der Menschen in unserem Land zu lösen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
entscheiden zum Wohl des Landes, auch wenn es ihnen persönlich keinen Vorteil bringt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
reden bloß und lösen die Probleme nicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Nun stellen wir Ihnen einige Fragen zu verschiedenen politischen Themen.

10. Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der aktuellen Krise darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der heutigen Zeit brauchen wir Politiker, die sich trauen, auch alleine Entscheidungen durchzusetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

11. Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

→ Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind. Bitte geben Sie nur eine Partei an!

CDU/CSU	<input type="radio"/>
SPD	<input type="radio"/>
Bündnis 90/Die Grünen	<input type="radio"/>
FDP	<input type="radio"/>
Die Linke	<input type="radio"/>
AfD	<input type="radio"/>
Eine andere Partei, nämlich: _____	<input type="radio"/>
Ich würde nicht wählen.	<input type="radio"/>

12. Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Menschen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Hier bei uns werden Menschen wie ich ...				
bei Sozialleistungen benachteiligt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von Behörden respektlos behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von den Politikern nicht ernst genommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
von der Polizei unfair behandelt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

13. Jetzt geht es darum, wer bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Der wahre Ursprung des Corona-Virus wird von unserer Regierung mit Absicht geheim gehalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die gefährlichen Nebenwirkungen von Impfungen werden mit Absicht verheimlicht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Medien und Politik stecken unter einer Decke.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fast alle politischen Entscheidungen werden durch private Großunternehmen vorherbestimmt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

14. Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

15. Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte möglichst viele Handelsbeziehungen auch zu Ländern außerhalb Europas haben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, selbst wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Deutschland sollte seine Politik mit anderen europäischen Ländern abstimmen und keine Alleingänge machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ausländern sollte es nicht erlaubt sein, in Deutschland Grund und Boden zu erwerben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das deutsche Fernsehen sollte deutschen Filmen und Programmen den Vorzug geben.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In Deutschland schaden internationale Konzerne zunehmend den Firmen vor Ort.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Internationale Organisationen schränken den Handlungsspielraum der deutschen Regierung zu stark ein.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

16. Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

➔ Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

	finde ich völlig falsch	-3	-2	-1	0	1	2	3	finde ich völlig richtig
An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
An einer Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft teilnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Den Straßenverkehr zu blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Kürzlich wurde folgende Nachricht veröffentlicht:

Split 1:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Arbeitgeberverbände begrüßen eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich: „Flüchtlinge sind angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung des Rentensystems nicht nur als ‚Belastung‘ sondern vor allem auch als ‚Zukunftsinvestition‘ zu begreifen. Dafür müssen allerdings Ausbildungs- und Schulabschlüsse aus anderen Ländern schneller anerkannt und Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zügig erteilt werden.“

Split 2:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Amnesty International begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich: „Jetzt ist der Zeitpunkt ein klares, unmissverständliches Bekenntnis zu den internationalen verbrieften Menschenrechten von schutzsuchenden Menschen abzugeben. Dem muss auch aktives Handeln folgen. Deutschland kann das und geht hier mit gutem Beispiel voran, wie das große Ausmaß an Unterstützung aus der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren gezeigt hat“.

Split 3:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Zahlreiche Kommunen sehen eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen kritisch: „Immer mehr Kommunen stoßen an die Grenze ihrer Kapazität. Vor allem mittelgroße Städte haben bereits angekündigt, keine weiteren Geflüchteten mehr aufnehmen zu können. Eine menschenwürdige Unterbringung in Zelten und Turnhallen kann nicht gewährleistet werden - angemessener Wohnraum steht nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung.“

Split 4:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) sieht eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen kritisch:

„Dieser Zuzug von Flüchtlingen wird unseren Kontinent in wenigen Jahren destabilisieren. Unsere Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige Massenimmigration in unser Land und seine Sozialsysteme durch beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden. Die drohende Überfremdung Deutschlands kann nicht länger hingenommen werden.“

Split 5:

Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.

Split 6: Kontrollgruppe

17. **Wer hat die gerade präsentierte Nachricht über die Vorbereitung auf eine erneute Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland kommentiert?**
(nur Split 1 bis 4)

- Arbeitgeberverbände
- Amnesty International
- Zahlreiche Kommunen
- Die AfD
- Weiß ich nicht

18. **Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

19. **Gegenwärtig findet in Ägypten die Weltklimakonferenz statt. Wie ist Ihre Meinung dazu? Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Diese Konferenz ist sehr wichtig, damit endlich alle Länder der Welt wirklich etwas gegen den Klimawandel tun.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Klimakonferenzen halte ich für sinnlos, da wird nur geredet und nachher passiert sowieso nichts.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Konferenz ist sehr wichtig, damit die ärmeren Länder Ausgleichszahlungen für eingetretene Klimaschäden einfordern können.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Konferenz ist überflüssig, da es einen Klimawandel gar nicht gibt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Diese Konferenz ist sinnvoll, weil dadurch die Politik dem Klimawandel mehr Aufmerksamkeit schenkt und das Problem ernsthaft angeht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Zum Abschluss noch einige Fragen zu Ihrer Person

20. Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie?

- Haupt- oder Volksschule
- Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS))
- Abitur oder Hochschulreife (z.B. erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule)
- Einen anderen Schulabschluss, nämlich: _____
- Keinen Abschluss

21. Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie?

- zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in)
- Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung)
- Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie)
- Fachhochschule, Ingenieurschule
- Universität oder Hochschule
- einen anderen beruflichen Abschluss, nämlich _____
- keinen beruflichen Abschluss

22. Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert?

- Ja, ich selbst
- Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil)
- Nein, weder meine Eltern noch ich selbst

23. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe.

- Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit
- Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit
- Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit.

24. Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?

Seit meiner Geburt

Seit etwa _____ Jahren

25. Welches Geschlecht haben Sie?

- männlich
- weiblich
- divers

26. Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.

Ich bin _____ Jahre alt.

27. Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen.

- Einer christlichen Religion
(z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen)
- Einer islamischen Religion
(z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi)
- Einer anderen Religion
(z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten)
- Keiner Religion

28. Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht?

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
sehr schlecht	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	sehr gut

29. Erhalten Sie staatliche Unterstützung oder Arbeitslosengeld (z.B. ALG I, ALG II, Hartz IV oder Sozialhilfe)?

- Nein
- Ja

30. In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Berlin
- Brandenburg
- Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen

31. Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?

- weniger als 50.000 Einwohner
- mehr als 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner
- mehr als 100.000 aber weniger als 500 000 Einwohner
- mehr als 500.000 Einwohner

Haben Sie vielen Dank für die Teilnahme an unserer Untersuchung.

Hinweis: (In den Splits 1-4)

Wir haben Ihnen im Rahmen dieser Umfrage eine Nachricht zu einem erwarteten Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland sowie die darauf erfolgende Reaktion der Arbeitgeberverbände/ von Amnesty International/von Kommunalverbänden/der AfD präsentiert.

Die in dieser Befragung präsentierte Nachricht ist so in dieser Form nicht wirklich in der Presse veröffentlicht worden. Die von uns präsentierte Reaktion hat es in der hier geschilderten Form so nicht gegeben. Diese Nachricht wurde von uns verwendet, um etwas über Ihre Meinung zu Geschehnissen dieser Art zu erfahren.

Hinweis: (Split 5)

Wir haben Ihnen im Rahmen dieser Umfrage eine Nachricht zu einem erwarteten Zuzug von Flüchtlingen nach Deutschland präsentiert.

Die in dieser Befragung präsentierte Nachricht ist so in dieser Form nicht wirklich in der Presse veröffentlicht worden. Diese Nachricht wurde von uns verwendet, um etwas über Ihre Meinung zu Geschehnissen dieser Art zu erfahren.

Wenn Sie noch etwas zu der Studie oder dem Fragebogen anmerken möchten, können Sie das hier tun.

Anhang: Codebuch

BESORGNISSE UND ÄNGSTE AUFGRUND GESELLSCHAFTLICHER HERAUSFORDERUNGEN UND KRISEN	XVI
ANTIZIPIERTE WIRTSCHAFTLICHE BELASTUNGEN UND EINSCHRÄNKUNGEN	XVI
BESORGNISSE IM ZUSAMMENHANG MIT CORONA-PANDEMIE	XVI
BESORGNISSE IM ZUSAMMENHANG MIT UKRAINE-KRIEG	XVII
VORSORGEVERHALTEN WEGEN VERSORGUNGSENGPÄSSEN.....	XVII
WAHRNEHMUNG UND BEWERTUNG DER MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN UND DARAUf BEZOGENEN PROTESTE IM IRAN	XVII
FOLGEN DER PROTESTE IM IRAN IN DEUTSCHLAND UND AUF INTERNATIONALER EBENE	XVIII
SYSTEMVERTRAUEN	XVIII
(IN)KOMPETENZ GESELLSCHAFTLICHER ENTSCHEIDUNGSTRÄGER	XVIII
AUTOKRATIEAKZEPTANZ	XIX
POLITISCHE ORIENTIERUNG (SONNTAGSFRAGE)	XIX
KOLLEKTIVE MARGINALISIERUNG.....	XIX
VERSCHWÖRUNGSMENTALITÄT UND AKZEPTANZ VON VERSCHWÖRUNGSNARRATIVEN.....	XX
INTOLERANZ, ABLEHNUNG VON FREMDGRUPPEN UND MINDERHEITEN	XX
UNILATERALISMUS/NATIONALISMUS	XXI
AKZEPTANZ VERSCHIEDENER FORMEN DES ZIVILEN UNGEHORSAMS.....	XXI
EXPERIMENT: EINSTELLUNGEN ZU FLÜCHTLINGEN	XXI
EINSTELLUNGEN ZUR WELTKLIMAKONFERENZ	XXIII
SOZIODEMOGRAFIE.....	XXIV

Dieses Codebuch beschreibt die Daten der ersten Welle der Befragung „*Menschen in Deutschland: International*“ (MiDIInt), durchgeführt im November 2022. Die erste Spalte gibt den Standort der Variablen im Fragebogen an (bspw. F1_1 = Frage 1_Item 1). In der zweiten Spalte ist der entsprechende Variablenname angegeben. Die dritte Spalte enthält die Formulierungen der Fragen/Items sowie der Antwortkategorien.

Besorgnisse und Ängste aufgrund gesellschaftlicher Herausforderungen und Krisen

Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen besorgt?

F1_1	sorge7	Die Folgen des Klimawandels für unseren Alltag.
F1_2	sorge10	Das Ausmaß des Zuzugs von Flüchtlingen in unser Land.
F1_3	sorge4	Dass Wirtschaftskrisen zu mehr Armut führen könnten.
F1_4	sorge11	Dass Deutschland öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte.
F1_5	sorge14	Dass die Preise weiter steigen könnten.
F1_6	sorge15	Dass die deutsche Wirtschaft schrumpfen könnte.
F1_7	sorge16	Dass es zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte kommen könnte.
F1_8	sorge17	Dass erneut Anschläge wie am 11. September 2001 auf das World Trade Center stattfinden könnten.

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Antizipierte wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen

Wenn Sie nun an die möglichen Entwicklungen in den nächsten 6 Monaten denken: Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass bei Ihnen persönlich in den nächsten 6 Monaten folgende Dinge passieren?

Dass ich ...

F2_1	infla1	meine Miete nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_2	infla2	Heizung und Strom nicht mehr bezahlen kann, halte ich für ...
F2_3	infla3	mich beim Einkauf von Grundnahrungsmitteln einschränken muss, halte ich für ...
F2_4	infla4	mich bei Ausgaben für meine Freizeit einschränken muss, halte ich für ...
F2_5	infla5	mir einen Urlaub nicht leisten kann, halte ich für ...
F2_6	infla6	meinen Arbeitsplatz verliere, halte ich für ...

(1) sehr unwahrscheinlich
(2) unwahrscheinlich
(3) wahrscheinlich
(4) sehr wahrscheinlich

Besorgnisse im Zusammenhang mit Corona-Pandemie

In den vergangenen zwei Jahren hat die Corona-Pandemie uns alle beschäftigt. Die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung hatten Auswirkungen auf das Leben von Menschen in der ganzen Welt. Bitte geben Sie an, wie sehr folgende mögliche Entwicklungen Ihnen Sorgen bereiten.

Dass wegen Corona ...

F3_1	corona1	wieder Schulen und Kitas geschlossen werden könnten
F3_2	corona2	viele Unternehmen pleite gehen könnten
F3_3	corona3	unser Gesundheitssystem zusammenbrechen könnte
F3_4	corona4	viele Menschen schwer krank werden oder sterben könnten

(1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Besorgnisse im Zusammenhang mit Ukraine-Krieg

Seit Beginn des Ukraine-Krieges wird in Politik und Medien diskutiert, welche Auswirkungen dieser Krieg auf das Leben der Menschen in Deutschland und anderen Teilen der Welt haben könnte.

Bitte geben Sie an, wie sehr folgende Dinge Ihnen Sorgen bereiten.

- | | | |
|------|-----------|---|
| F4_1 | ukraine5 | Dass Russland einen militärischen Angriff auf Deutschland starten könnte. |
| F4_2 | ukraine6 | Dass Russland Anschläge auf Einrichtungen in Deutschland durchführen könnte. |
| F4_3 | ukraine7 | Dass in Deutschland junge Erwachsene wieder zum Militärdienst verpflichtet werden könnten. |
| F4_4 | ukraine8 | Dass es wegen fehlender Getreidelieferungen nach Afrika eine massenhafte Flucht nach Europa geben könnte. |
| F4_5 | ukraine9 | Dass es in Europa zu einem Einsatz von Atomwaffen kommen könnte. |
| F4_6 | ukraine10 | Dass die Energieversorgung in Deutschland zusammenbrechen könnte. |
| F4_7 | ukraine11 | Dass es in Deutschland zu Gewalt zwischen hier lebenden Russen und anderen Gruppen kommen könnte. |
- (1) besorgt mich gar nicht
(2) besorgt mich kaum
(3) besorgt mich etwas
(4) besorgt mich sehr

Vorsorgeverhalten wegen Versorgungsengpässen

In Deutschland wird zur Zeit diskutiert, ob wir uns auf mögliche Versorgungsengpässe und Störungen vorbereiten sollten. Wie denken Sie darüber? Bitte geben Sie an, inwieweit Sie folgende Vorkehrungen aktuell schon getroffen haben, in nächster Zeit treffen wollen oder aber auch gar nicht treffen werden.

- | | | |
|------|-------|---|
| F5_1 | prep1 | Einen größeren Vorrat an Trinkwasser (z.B. Mineralwasser) anlegen. |
| F5_2 | prep2 | Ein batteriebetriebenes Radio und einen Vorrat an Batterien anschaffen. |
| F5_3 | prep3 | Einen größeren Vorrat an Grundnahrungsmitteln anschaffen. |
| F5_4 | prep4 | Alternative Heizgeräte anschaffen, die nicht auf Öl oder Gas angewiesen sind. |
- (1) Habe ich schon gemacht
(2) Werde ich in nächster Zeit machen
(3) Werde ich nicht machen
(4) Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht.

Wahrnehmung und Bewertung der Menschenrechtsverletzungen und darauf bezogenen Proteste im Iran

In der Islamischen Republik Iran ist vor kurzem eine junge Frau durch die dortige Sittenpolizei verhaftet worden und in der Haft zu Tode gekommen. Deshalb kam es im Iran zu Massenprotesten. Die iranischen Behörden reagierten darauf mit massiver Gewalt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

- | | | |
|------|-------------|---|
| F6_1 | untiran1 | Deutschland sollte die Protestierenden im Iran unterstützen. |
| F6_2 | islamfiran1 | Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass der Islam unmenschlich ist. |
| F6_3 | islamfiran2 | Diese Proteste zeigen, dass auch Muslime großen Wert auf Freiheitsrechte legen. |
| F6_4 | islamfiran3 | Frauen werden im Islam nie die gleichen Rechte haben wie Männer. |
| F6_5 | untiran2 | Wegen dieser Geschehnisse sollte Deutschland weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen. |
| F6_6 | islamfiran4 | Die Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen. |
| F6_7 | islamfiran5 | Diese Vorfälle bestätigen, dass es Demokratie im Islam nicht geben kann. |
| F6_8 | untiran3 | Deutschland sollte wegen der Proteste verfolgte Personen aus dem Iran unbürokratisch aufnehmen. |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Folgen der Proteste im Iran in Deutschland und auf internationaler Ebene

Die Proteste im Iran haben weltweit für Aufsehen gesorgt. Bitte geben Sie an, für wie wahrscheinlich Sie es halten, dass die Vorfälle im Iran zu folgenden Entwicklungen führen.

Dass die Vorfälle im Iran ...

- | | | |
|------|-------|--|
| F7_1 | iran1 | in Deutschland zu Gewalt zwischen hier lebenden Muslimen führen, halte ich für... |
| F7_2 | iran2 | in anderen muslimischen Ländern Forderungen nach Freiheitsrechten auslösen, halte ich für... |
| F7_3 | iran3 | zu Krieg zwischen dem Iran und seinen Nachbarn führen, halte ich für... |
| F7_4 | iran4 | in anderen muslimischen Ländern zur Unterdrückung von Freiheitsbestrebungen führen, halte ich für... |
- (1) sehr unwahrscheinlich
(2) unwahrscheinlich
(3) wahrscheinlich
(4) sehr wahrscheinlich

Systemvertrauen

Bitte geben Sie nun an, wie viel Vertrauen Sie in die folgenden Einrichtungen in Deutschland haben.

Die 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“ und 6 bedeutet „volles Vertrauen“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Wieviel Vertrauen haben Sie in ...

- | | | |
|------|--------|-------------------------------|
| F8_1 | systv1 | die Gerichte? |
| F8_2 | systv2 | die Polizei? |
| F8_3 | systv3 | die politischen Parteien? |
| F8_4 | systv4 | die Regierung? |
| F8_5 | systv5 | die Behörden? |
| F8_6 | systv6 | öffentlich-rechtliche Medien? |
- (1) 1 überhaupt kein Vertrauen
(2) 2
(3) 3
(4) 4
(5) 5
(6) 6 volles Vertrauen

(In)Kompetenz gesellschaftlicher Entscheidungsträger

Für die Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen und Probleme sind unter anderem Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zuständig. Wie schätzen Sie deren Handeln im Allgemeinen ein? Geben Sie bitte an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

Die Entscheidungsträger in unserem Land ...

- | | | |
|------|---------|---|
| F9_1 | inkomp1 | sind an den Problemen der einfachen Leute nicht interessiert. |
| F9_2 | inkomp2 | sind unfähig, die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen. |
| F9_3 | inkomp6 | sind bemüht, die Probleme der Menschen in unserem Land zu lösen. |
| F9_4 | inkomp3 | handeln oft gegen die Interessen der Bevölkerung. |
| F9_5 | inkomp7 | entscheiden zum Wohl des Landes, auch wenn es ihnen persönlich keinen Vorteil bringt. |
| F9_6 | inkomp4 | reden bloß und lösen die Probleme nicht. |
- (1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Autokratieakzeptanz

Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

F10_1	prodik1	Im Interesse einer starken politischen Führung in Deutschland sollte der Bundestag aktuell weniger Einfluss haben.
F10_2	prodik2	Im nationalen Interesse wäre in der aktuellen Lage eine Diktatur die bessere Staatsform.
F10_3	prodik3	In der aktuellen Krise darf die Handlungsfähigkeit der Regierung nicht durch Gerichte eingeschränkt werden.
F10_4	prodik4	In der heutigen Zeit brauchen wir Politiker, die sich trauen, auch alleine Entscheidungen durchzusetzen.
F10_5	prodik5	Längere politische Debatten und Meinungsvielfalt können wir uns aktuell nicht leisten.
F10_6	prodik6	Aufgrund der aktuellen Lage sollte der Staat einen Führer haben, der das Land zum Wohle aller mit starker Hand regiert.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Politische Orientierung (Sonntagsfrage)

F11	partei	Welche Partei würden Sie am ehesten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre? <i>Bitte antworten Sie auch, wenn Sie nicht wahlberechtigt sind. Bitte geben Sie nur eine Partei an!</i>
		(1) CDU/CSU (2) SPD (3) Bündnis 90/Die Grünen (4) FDP (5) Die Linke (6) AfD
F11_txt	partei_s	(7) Eine andere Partei, nämlich: (enthält Mehrfachnennungen) (8) Ich würde nicht wählen.

Kollektive Marginalisierung

Manche Menschen haben hier bei uns in Deutschland Situationen erlebt, in denen sie selbst oder Menschen aus der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, schlecht behandelt oder benachteiligt wurden. Wie ist das bei Ihnen? In welchem Maß stimmen Sie den nachfolgenden Aussagen zu?

Hier bei uns werden Menschen wie ich ...

F12_1	marg5	bei Sozialleistungen benachteiligt.
F12_2	marg6	von Behörden respektlos behandelt.
F12_3	marg7	von den Politikern nicht ernst genommen.
F12_4	marg8	von der Polizei unfair behandelt.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Verschwörungsmentalität und Akzeptanz von Verschwörungsnarrativen

Jetzt geht es darum, wie bei uns in Deutschland politische Entscheidungen beeinflusst. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F13_1	conspi1	Der wahre Ursprung des Corona-Virus wird von unserer Regierung mit Absicht geheim gehalten.
F13_2	conspi2	Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
F13_3	conspi3	Die gefährlichen Nebenwirkungen von Impfungen werden mit Absicht verheimlicht.
F13_4	conspi4	Politiker und andere Führungspersonlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.
F13_5	conspi5	Studien, die einen Klimawandel belegen, sind meist gefälscht.
F13_6	conspi6	Medien und Politik stecken unter einer Decke.
F13_7	conspi7	Fast alle politischen Entscheidungen werden durch private Großunternehmen vorherbestimmt.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Intoleranz, Ablehnung von Fremdgruppen und Minderheiten

Im Folgenden geht es um Ihre Meinung zum Zusammenleben von Menschen verschiedener Länder und Kulturen in Deutschland. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

F14_1	auslf3	Die Vermischung so vieler Menschen verschiedener Kulturen in Deutschland kann nicht gut gehen.
F14_2	islamf2	Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.
F14_3	auslf2	Es gibt zu viele Ausländer in Deutschland.
F14_4	auslf5	Ausländer bereichern Deutschland durch neue Ideen und Kulturen.
F14_5	auslf1	Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
F14_6	antisem2	Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.
F14_7	islamf1	Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.
F14_8	antisem5	Juden sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.
F14_9	islamf3	Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.
F14_10	antisem6	Die Juden sind durch ihr Verhalten selbst schuld daran, wenn man schlecht über sie denkt.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Unilateralismus/Nationalismus

**Nun einige Fragen zu den Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Ländern.
Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?**

F15_1	natio1	Deutschland sollte die Einfuhr ausländischer Produkte beschränken, um seine eigene Wirtschaft zu schützen.
F15_2	natio2	Deutschland sollte möglichst viele Handelsbeziehungen auch zu Ländern außerhalb Europas haben.
F15_3	natio3	Deutschland sollte seine eigenen Interessen verfolgen, selbst wenn dies zu Konflikten mit anderen Ländern führt.
F15_4	natio4	Deutschland sollte seine Politik mit anderen europäischen Ländern abstimmen und keine Alleingänge machen.
F15_5	natio5	Ausländern sollte es nicht erlaubt sein, in Deutschland Grund und Boden zu erwerben
F15_6	natio6	Das deutsche Fernsehen sollte deutschen Filmen und Programmen den Vorzug geben.
F15_7	natio7	In Deutschland schaden internationale Konzerne zunehmend den Firmen vor Ort.
F15_8	natio8	Internationale Organisationen schränken den Handlungsspielraum der deutschen Regierung zu stark ein.

(1) stimme gar nicht zu
(2) stimme eher nicht zu
(3) stimme eher zu
(4) stimme völlig zu

Akzeptanz verschiedener Formen des zivilen Ungehorsams

Bei uns kommt es immer wieder vor, dass Menschen mit der Politik unzufrieden sind und protestieren. Bitte geben Sie an, wie Sie die folgenden Verhaltensweisen bewerten.

Die Antwortmöglichkeiten reichen von -3 (so etwas finde ich völlig falsch) bis zu +3 (so etwas finde ich völlig richtig). Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

F16_1	protest1	An einer Demonstration teilnehmen, obwohl diese vom Gericht verboten wurde.
F16_2	protest2	Aus politischen Gründen ein öffentliches Gebäude besetzen.
F16_3	protest3	Sich nachts vor dem Haus eines Politikers versammeln und diesen laut beschimpfen.
F16_4	protest4	Politiker anonym im Internet mit Gewalt bedrohen.
F16_5	protest5	An einer Demonstration gegen die Eröffnung einer Flüchtlingsunterkunft teilnehmen.
F16_6	protest6	Den Straßenverkehr zu blockieren, um Maßnahmen gegen den Klimawandel zu fordern.

(1) -3 finde ich völlig falsch
(2) -2
(3) -1
(4) 0
(5) 1
(6) 2
(7) 3 finde ich völlig richtig

Experiment: Einstellungen zu Flüchtlingen

Vor 17	exgruppe4	(1) Split 1 (2) Split 2 (3) Split 3 (4) Split 4 (5) Split 5 (6) Split 6
--------	-----------	--

- Split 1 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.
- Arbeitgeberverbände begrüßen eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich:
„Flüchtlinge sind angesichts des Fachkräftemangels und der Überlastung des Rentensystems nicht nur als ‚Belastung‘ sondern vor allem auch als ‚Zukunftsinvestition‘ zu begreifen. Dafür müssen allerdings Ausbildungs- und Schulabschlüsse aus anderen Ländern schneller anerkannt und Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen zügig erteilt werden.“
- Split 2 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.
- Amnesty International begrüßt eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen nachdrücklich:
„Jetzt ist der Zeitpunkt ein klares, unmissverständliches Bekenntnis zu den internationalen verbrieften Menschenrechten von schutzsuchenden Menschen abzugeben. Dem muss auch aktives Handeln folgen. Deutschland kann das und geht hier mit gutem Beispiel voran, wie das große Ausmaß an Unterstützung aus der deutschen Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren gezeigt hat.“
- Split 3 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.
- Zahlreiche Kommunen sehen eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen kritisch:
„Immer mehr Kommunen stoßen an die Grenze ihrer Kapazität. Vor allem mittelgroße Städte haben bereits angekündigt, keine weiteren Geflüchteten mehr aufnehmen zu können. Eine menschenwürdige Unterbringung in Zelten und Turnhallen kann nicht gewährleistet werden - angemessener Wohnraum steht nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung.“
- Split 4 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.
- Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) sieht eine solche weitere Aufnahme von Flüchtlingen kritisch:
„Dieser Zuzug von Flüchtlingen wird unseren Kontinent in wenigen Jahren destabilisieren. Unsere Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um die unregelmäßige Masseneinwanderung in unser Land und seine Sozialsysteme durch beruflich unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden. Die drohende Überfremdung Deutschlands kann nicht länger hingenommen werden.“
- Split 5 Neben der Klimakrise erreichen die Folgen von Krieg, Terror, Energie- und Lebensmittelknappheit in zunehmendem Maße auch Deutschland. Wegen dieser Entwicklungen haben Fluchtbewegungen in Richtung Europa stark zugenommen. Mehrere Bundesministerien haben darauf hingewiesen, dass deshalb in Deutschland Vorbereitungen für die erneute Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen getroffen werden.
- Split 6

F17 chk2
(Split 1-4)

Wer hat die gerade präsentierte Nachricht über die Vorbereitung auf eine erneute Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland kommentiert?

- (1) Arbeitgeberverbände
- (2) Amnesty International
- (3) Zahlreiche Kommunen
- (4) Die AfD
- (5) Weiß ich nicht

Bitte geben Sie an, in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen über die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland zustimmen.

- | | | |
|-------|---------|--|
| F18_1 | flucht1 | Wir sollten in Deutschland keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen. |
| F18_2 | flucht2 | Schul- und Berufsabschlüsse von Flüchtlingen sollten in Deutschland unbürokratischer anerkannt werden. |
| F18_3 | flucht3 | Flüchtlinge bedrohen unsere Lebensweise und unsere Werte in Deutschland. |
| F18_4 | flucht4 | Nach Deutschland geflüchtete Menschen sollten schneller bei uns eingebürgert werden. |
| F18_5 | flucht5 | Durch die Zuwanderung von Flüchtlingen kommen vor allem mehr Gewalttäter in unser Land. |
| F18_6 | flucht6 | Ich fände es gut, wenn in meiner Nachbarschaft Wohnraum für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würde. |
| F18_7 | flucht7 | Flüchtlinge, die hier leben, schaden unserer Wirtschaft mehr, als dass sie nutzen. |
- (1) stimme gar nicht zu
 - (2) stimme eher nicht zu
 - (3) stimme eher zu
 - (4) stimme völlig zu

Einstellungen zur Weltklimakonferenz

Gegenwärtig findet in Ägypten die Weltklimakonferenz statt. Wie ist Ihre Meinung dazu? Bitte geben Sie an, wie sehr Sie den folgenden Aussagen zustimmen.

- | | | |
|-------|---------|--|
| F19_1 | klikon1 | Diese Konferenz ist sehr wichtig, damit endlich alle Länder der Welt wirklich etwas gegen den Klimawandel tun. |
| F19_2 | klikon2 | Klimakonferenzen halte ich für sinnlos, da wird nur geredet und nachher passiert sowieso nichts. |
| F19_3 | klikon3 | Die Konferenz ist sehr wichtig, damit die ärmeren Länder Ausgleichszahlungen für eingetretene Klimaschäden einfordern können. |
| F19_4 | klikon4 | Die Konferenz ist überflüssig, da es einen Klimawandel gar nicht gibt. |
| F19_5 | klikon5 | Diese Konferenz ist sinnvoll, weil dadurch die Politik dem Klimawandel mehr Aufmerksamkeit schenkt und das Problem ernsthaft angeht. |
- (1) stimme gar nicht zu
 - (2) stimme eher nicht zu
 - (3) stimme eher zu
 - (4) stimme völlig zu

Soziodemografie

F20	schab3	Welchen höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie? (1) Haupt- oder Volksschule (2) Mittlere Reife (z.B. Realschule, Polytechnische Oberschule (POS)) (3) Abitur oder Hochschulreife (z.B. erweiterte Oberschule (EOS), Fachoberschule) (5) Keinen Abschluss
F21	berab3	Welchen höchsten beruflichen Abschluss haben Sie? (1) zur Zeit in beruflicher Ausbildung (Student/in, Lehre, AZUBI, BVJ, Praktikant/in) (2) Lehre (beruflich/betriebliche Ausbildung) (3) Fachschule (Meister-, Technikerschule, Berufs- oder Fachakademie) (4) Fachhochschule, Ingenieurschule (5) Universität oder Hochschule
F21_txt	berab_s	(6) Einen anderen Ausbildungsabschluss, nämlich: (7) keinen beruflichen Abschluss
F22	zugew	Sind Sie oder Ihre Eltern nach Deutschland zugewandert? (1) Ja, ich selbst (2) Ja, meine Eltern (beide Eltern oder ein Elternteil) (3) Nein, weder meine Eltern noch ich selbst
F23	nation	Welche Staatsangehörigkeit haben Sie? Bitte machen Sie hier nur eine Angabe. (1) Ich habe nur die deutsche Staatsangehörigkeit (2) Ich habe sowohl die deutsche als auch eine andere Staatsangehörigkeit (3) Ich habe nur eine ausländische Staatsangehörigkeit. Seit wie vielen Jahren leben Sie in Deutschland?
F24_1	sgebnd	Seit meiner Geburt
F24_2	jahreind	Seit etwa ____ Jahren
F25	geschl	Welches Geschlecht haben Sie? (1) Männlich (2) Weiblich (3) Divers
F26	alter	Bitte geben Sie Ihr Alter in Jahren an.
F27	religion	Bitte geben Sie an, welcher Religion Sie angehören oder sich am ehesten zugehörig fühlen. (1) Einer christlichen Religion (z.B. Protestanten, Katholiken, Orthodoxe, evangelisch-freikirchliche Christen) (2) Einer islamischen Religion (z.B. Sunniten, Schiiten, Aleviten, Ahmadi) (3) Einer anderen Religion (z.B. Juden, Buddhisten, Hinduisten) (4) Keiner Religion
F28	finanz	Wie gut kommen Sie mit dem Geld zurecht, das Ihnen im Monat zur Verfügung steht? (1) sehr schlecht (2) 2 (3) 3 (4) 4 (5) 5 (6) 6 (7) 7 (8) 8 (9) 9 (10) sehr gut

- F29 sozhilfs **Erhalten Sie staatliche Unterstützung oder Arbeitslosengeld (z.B. ALG I, ALG II, Hartz IV oder Sozialhilfe)?**
- (0) Nein
 - (1) Ja
- F30 bland **In welchem Bundesland leben Sie zur Zeit?**
- (1) Baden-Württemberg
 - (2) Bayern
 - (3) Berlin
 - (4) Brandenburg
 - (5) Bremen
 - (6) Hamburg
 - (7) Hessen
 - (8) Mecklenburg-Vorpommern
 - (9) Niedersachsen
 - (10) Nordrhein-Westfalen
 - (11) Rheinland-Pfalz
 - (12) Saarland
 - (13) Sachsen
 - (14) Sachsen-Anhalt
 - (15) Schleswig-Holstein
 - (16) Thüringen
- F31 ort **Wie viele Einwohner hat der Ort, in dem Sie zur Zeit leben ungefähr?**
- (1) weniger als 50.000 Einwohner
 - (2) mehr als 50.000 aber weniger als 100.000 Einwohner
 - (3) mehr als 100.000 aber weniger als 500 000 Einwohner
 - (4) mehr als 500.000 Einwohner



Photo by UHH/RRZ/Mentz

Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg